

Sitzung Nr. 1 vom 21. Januar 2020

Vorsitz	François Scheidegger, Stadtpräsident
Anwesend	Remo Bill Alexander Kaufmann Angela Kummer Daniel Hafner Robert Gerber Konrad Schleiss Reto Gasser Ivo von Büren Richard Aschberger Marc Willemin Vanessa Meury (Ersatz) Matthias Meier-Moreno Peter Brotschi Nicole Hirt (Traktandum 1 bis 10) Patrick Zberg (ab Traktandum 11)
Entschuldigt	Fabian Affolter
Anwesend von Amtes wegen	Hugo Kohler, Polizeikommandant Stv. Reto Kämpfer, Leiter SDOL Hubert Bläsi, Gesamtschulleiter Aquil Briggen, Stadtbaumeister Luzia Meister, Stadtschreiberin Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Ratssekretärin, Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin)
Dauer der Sitzung	17:00 Uhr - 20.30 Uhr
TRAKTANDEN	(2580 - 2594)
1	Protokoll der Sitzung Nr. 10 vom 19. November 2019
2	2580 Stadtpolizei: Vereinbarung über die Zusammenarbeit und die Kompetenzabgrenzung zwischen der Polizei Kanton Solothurn und den Städten Grenchen und Solothurn und die finanzielle Abgeltung der Tätigkeit der Polizei Stadt Grenchen

- 3 2581 Verein Spitex Grenchen: Erneuerung Leistungsvereinbarung
- 4 2582 Kunsthaus Grenchen: Änderung Statuten und Betriebsreglement
- 5 2583 SWG: Corporate Governance Prinzipien, Prüfung optimale Rechtsform: Projektvorschlag
- 6 2584 Schulverwaltung, Vorkindergarten: Anpassung der bisherigen Praktikumsstelle
- 7 2585 Schulverwaltung, Schulsozialarbeit: Aufstockung der Stellenprozent
- 8 2586 Stadtschreiberin: Schaffung einer KV-Stelle (50%)
- 9 2587 Wahlbüro 2: Demission von Steve Corti als Ersatz-Mitglied, Ersatzwahlvorschlag der CVP: Esther Siegfried-Stierli
- 10 2588 Orientierung aus der Baudirektion zu laufenden Projekten
- 11 2589 Gestaltungsplan "Südhang" / Teilzonen- und Erschliessungsplan "Südhang" / Behandlung der Einsprachen
- 12 2590 Motion Matthias Meier-Moreno (CVP): Markthalle: Einreichung
- 13 2591 Motion Remo Bill (SP): Energiestadt Gold bis 2024: Einreichung
- 14 2592 Interpellation Nicole Hirt (glp): Grün- und Freiräume in Grenchen attraktivieren: Einreichung
- 15 2593 Mitteilungen und Verschiedenes
- 16 2594 **VERTRAULICH**

- o -

Das Protokoll der Sitzung Nr. 10 vom 19. November 2019 wird genehmigt.

- o -

Stadtpolizei: Vereinbarung über die Zusammenarbeit und die Kompetenzabgrenzung zwischen der Polizei Kanton Solothurn und den Städten Grenchen und Solothurn und die finanzielle Abgeltung der Tätigkeit der Polizei Stadt Grenchen

Vorlage: GRKB 3000/18.12.2019, Antrag/18.11.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Rechtsanwalt Gaston Barth, Rechts- und Personalberatung für öffentliche Gemeinwesen, führt in das Geschäft ein und nimmt Bezug auf die detaillierte Vorlage. Bei Fragen steht er gerne zu Verfügung.
- 1.2 Gemäss Hugo Kohler, Polizeikommandant Stv., gibt eine kurze Stellungnahme aus Sicht der Polizei Stadt Grenchen ab.

2 Eintreten

- 2.1 Wie Gemeinderat Matthias Meier-Moreno ausführt, musste nach sehr zeitintensiven Verhandlungen für eine faire Abgeltung der Polizeiarbeit bedauerlicherweise festgestellt werden, dass von Seiten der zuständigen Regierungsrätin gar kein echter Wille für Neuverhandlungen vorhanden war. Das ganze Unterfangen endete sogar damit, dass sich die Stadt Grenchen mit einer geringeren finanziellen Abgeltung zufriedengeben musste als bisher. Wenn dies der Dank und die Wertschätzung ist, welche Grenchen für die sehr vorbildliche und gut funktionierende gemischten Patrouillen von der Regierungsrätin entgegengebracht wird, dann muss man sich ernsthaft fragen, ob man überhaupt noch an der Stadtpolizei festhalten soll. Die CVP-Fraktion ist für Eintreten, stimmt der vorliegenden Vereinbarung über die Zusammenarbeit und der Kompetenzabgrenzung zu, ist aber alles andere als erfreut, wie mit der Stadt Grenchen als Verhandlungspartnerin umgegangen wurde - dies ist nicht regierungsratswürdig!
- 2.2 Gemeinderat Alexander Kaufmann persönlich durfte das Geschäft bereits in der Gemeinderatskommission behandeln und zähneknirschend zustimmen. Die Vereinbarung ist fertig verhandelt und nur noch eine Formsache. Der Gemeinderat muss diese nur noch beschliessen. Die Vereinbarung zwischen dem Regierungsrat des Kantons Solothurn und der Stadt Grenchen hinterlässt einen faden Nebengeschmack. Gegenüber der Stadt Solothurn erhält die Stadt Grenchen eine wesentlich tiefere finanzielle Abgeltung (CHF 650'000.00 zu CHF 1'050'000.00). Die Vertragsdauer läuft auf 3 Jahre. Die vorgängigen, z. T. zähen Verhandlungen über die Höhe der Abgeltung haben nicht die erhofften Resultate gebracht. Die Stadtpolizei in Grenchen steht unter weiterem Dauerdruck, was die Zukunft anbelangt.

Es „schleckt keine Geiss weg“, dass diverse Strategen sich eine Auflösung der Stadtpolizei und Integrierung in die Kantonspolizei wünschen. Solange jedoch die Stadtpolizei die von ihr verlangten Aufgaben und Tätigkeiten innerhalb ihrer Kompetenzen zufriedenstellend erledigen kann, gibt es keinen Grund, diese aufzugeben. Es sei denn, man will radikal die Sicherheit in Grenchen herunterfahren und trügerische Kosteneinsparungen im grösseren Ausmass tätigen. Die SP ist für Eintreten und unterstützt die Vereinbarung und die finanzielle Abgeltung gemäss Beschluss der Gemeinderatskommission.

2.3 Die SVP-Fraktion, so Gemeinderat Ivo von Büren, dankt Gaston Barth für die gute Arbeit. Sie ist für Eintreten und wird der Vereinbarung zustimmen. Auch die SVP ist nicht sehr begeistert von Regierungsrätin Susanne Schaffner. Sie ist der Meinung, dass mit der Stadt Grenchen nicht sehr gut umgegangen und sie quasi sogar ein wenig erpresst wurde. Auf diesem Niveau ist das, was hier abgegangen ist, auf Berndeutsch gesagt „e Moorerei“. Er hofft nach wie vor noch, dass die geschätzten Grenchner und Solothurner Kantonsräte der Regierungsrätin nochmals eins auf den Deckel hauen und ihr zeigen, wo der Bartli den Most holt.

2.4 Laut Gemeinderat Robert Gerber hat der Gemeinderat heute über zwei Vereinbarungen zu beraten resp. es werden ihm heute zwei Vereinbarungen zur Genehmigung vorgelegt, die ihn schon seit rund zwei Jahren beschäftigen. Die Zusammenarbeitsvereinbarung und die Abhandlung über die finanzielle Abgeltung.

Die FDP-Fraktion ist froh, dass die Angelegenheit doch noch zu einem Abschluss gekommen ist.

- Froh, weil sich jetzt die Korpsleitung und das Polizeikorps wieder dem Alltagsgeschäft, nämlich der Sicherheit und vor allem dem Sicherheitsempfinden der städtischen Bevölkerung widmen kann,
- froh, weil die grosse Verunsicherung, die dieses Geplänkel seitens des Kantons im Polizeikorps hervorgerufen hat, ein Ende gefunden hat,
- froh, dass das städtische Polizeikorps keine Kompetenzverluste hinnehmen muss
- und froh, dass es überhaupt noch ein städtisches Polizeikorps gibt, das diesen Namen verdient und nicht irgendeinen Status einer bewaffneten Briefträgergruppe hat.

Im Verlaufe dieses fast zweijährigen Prozesses kam nämlich manchmal das Gefühl auf, es gehe da um exakte Wissenschaften. Dabei geht es um die

- engere und effizientere Zusammenarbeit der drei Polizeikorps,
- Gewährleistung der subjektiven und objektiven öffentlichen Sicherheit der EinwohnerInnen im Kanton Solothurn,
- Erhöhung der spürbaren Polizeipräsenz im öffentlichen Raum,
- verbindliche und in der Praxis einfach umsetzbare Aufgabenverteilung.
- Die rat- und hilfeschende Bevölkerung wendet sich an „Die Polizei“; interne Aufgabenverteilung zwischen STAPO und KAPO erfolgt im Hintergrund.

Das Zusammenarbeitsmodell trägt diesen Anforderungen Rechnung. Oberstes Prinzip ist es, die subjektive und objektive Sicherheit der Bevölkerung auch in Zukunft optimal zu gewährleisten. Unabhängig vom Ego der einzelnen Polizeigewaltigen.

Die Änderungen sind marginal. Es wurden nur einige Begriffe etwas näher umschrieben und vielleicht auch einige Kommas neu gesetzt. Hauptsache ist, es wurden keine Kompetenzabstriche gemacht.

Da fragt er sich schon, ob es das wert war. Brauchte es da wirklich eine Kündigung dieser Zusammenarbeitsvereinbarung? Um lediglich einige wenige Worte zu ändern? Er ist der Meinung, nein. Da wurde mit den anscheinend so knappen personellen Ressourcen in der kantonalen Verwaltung nicht gerade haushälterisch umgegangen.

Zur Vereinbarung über die finanzielle Abgeltung ist es fast schade, noch Worte zu verlieren. Die FDP-Fraktion stimmt diesem Papier nicht zu, weil sie es gut, fair und angemessen findet. Keine dieser Eigenschaften ist auch nur annähernd erfüllt. Sie stimmt diesem Papier nur zu, weil sie das Gesamtpaket nicht gefährden will.

Niemand in diesem Saal ist begeistert ob solchen Gebarens. Eine angemessene finanzielle Abgeltung sieht anders aus. Eigentlich unglaublich, mit welchen grotesken Wortklaubereien sich da der Regierungsrat, oder im Klartext sich da das Departement des Innern unter der Leitung von Regierungsrätin Schaffner da aus der Affäre zu ziehen versuchte.

Dass man auch noch versuchte, eine rechtstaatlich bedenkliche Klausel, nämlich einen Klageverzicht unterzujubeln, ist noch das Tüpfchen auf dem i.

Da gibt es anscheinend Departemente im Kanton Solothurn, die über zu viele personelle Ressourcen verfügen, sonst hätte es keine Kündigung der Zusammenarbeitsvereinbarung gegeben, um nur einige Kommas zu verschieben.

Robert Gerber dankt namens der FDP-Fraktion allen Beteiligten auf der Seite der Städte, die da den Kopf hinhielten und versuchten, das Beste herauszuholen. Er weiss aus eigener Erfahrung, dass das Nerven braucht und der persönliche Alterungsprozess beschleunigt wird. Man wird das Gefühl nicht los, man verhandle in „Solothurn“ jeweils mit einer anderen Welt.

Die FDP-Fraktion stimmt dem ersten Antrag, also der Zusammenarbeitsvereinbarung mit Begeisterung und Genugtuung zu und dem zweiten Antrag, dem Papier betreffend finanzielle Abgeltung nur zähneknirschend und dem Frieden zuliebe.

2.5

Wie Gemeinderätin Nicole Hirt, glp, anmerkt, sind sich alle im Rat einig, dass man die finanzielle Abgeltung eigentlich gar nicht unterschreiben dürfte. Aber was passiert, wenn man es nicht macht? Wahrscheinlich wird der Schaden nachher nur noch grösser und deshalb macht man es ja. Zum Vorwurf von Ivo von Büren, dass die Kantonsräte gefordert seien, meint sie, dass man sich seinerzeit zusammengesetzt und eine Interpellation formuliert hat - diese hat sie heute hier mit den Antworten der Regierung - leider hat dort der Stadtpräsident seine Fragen nicht alle einfließen lassen können. Das war ein bisschen schade, denn vielleicht wäre das Resultat nicht so herausgekommen, dass sie die Interpellation hätte zurückziehen müssen. Es ist also nicht so, dass man nichts gemacht hat. Man war sehr wohl aktiv. Das möchte sie einfach noch erwähnt haben. Was man jetzt im Nachgang aus Sicht der Kantonsräte noch machen kann, weiss sie im Moment nicht gerade. Es ist gelaufen. Man muss sich wohl für andere Sachen einsetzen. Sie wird den Anträgen ebenfalls zähneknirschend zustimmen. Die Begeisterung hält sich auch sehr stark in Grenzen.

- 2.6 Stadtpräsident François Scheidegger bezieht sich auf die Interpellation von Nicole Hirt. Er hat ihr damals gesagt, dass er es mangels zeitlicher Kapazität nicht machen kann. Man hätte vielleicht warten können, hätte auch mit Robert Gerber oder Gaston Barth Rücksprache nehmen können. Und man hätte es, bevor man es einreicht, ihm mindestens zeigen können. Er wusste nicht einmal, dass man etwas eingereicht hat. Es bringt nichts, wenn man jetzt noch irgendetwas macht, darauf herumhackt. Da würde man gar nicht mehr ernst genommen. Das dünkt ihn eine schwierige Situation. Man muss jetzt damit leben. Robert Gerber hat es vorhin auf den Punkt gebracht. Es waren mühsame Sitzungen. Es ist schon so, dass man dem nur dem Frieden zuliebe und vor allem wegen des Personals zugestimmt, damit man endlich Ruhe hat, denn das ist kein Zustand. Es gab Leute im Polizeikorps, die Existenzängste hatten. Damit wurde im Kanton auch gespielt, indem man die Leistungsvereinbarung gekündigt hat. Man hatte nur die Abgeltungsvereinbarung gekündigt. Das ist auch in seinen Augen das Verwerfliche. Das Wort Erpressung wurde vorhin erwähnt. Es geht ein Stück weit in diese Richtung. Mit Fairness und Angemessenheit hat das überhaupt nichts zu tun, ebenso wenig mit Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Kanton. Das ist alles sehr bedenklich.
- 2.7 Vergleicht man die Städte Grenchen und Solothurn, so Gaston Barth, ist das Verhältnis von Einsatz, Personal etc. zwei zu eins (also zwei Drittel zu ein Drittel). Das wiederspielt sich in diesem Sinne in dieser Abgeltung. Grenchen hat den Personalbestand im Gegensatz zu Solothurn dann teilweise noch reduziert. Solothurn hat nach 2010 noch 5 Leute zusätzlich angestellt.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Ziff. 4.1 wird einstimmig gutgeheissen.
- 3.2 Ziff .4.2 lautet korrekterweise wie folgt: „Die Vereinbarung zwischen dem Regierungsrat des Kantons Solothurn und der Stadt Grenchen über die finanzielle Abgeltung der Tätigkeiten der Stapo wird genehmigt.“ Ziff .4.2 wird einstimmig gutgeheissen.

Es ergeht folgender

4 Beschluss

- 4.1 Die Vereinbarung über die Zusammenarbeit und die Kompetenzabgrenzung zwischen der Kapo und den Städten Grenchen und Solothurn wird genehmigt.
- 4.2 Die Vereinbarung zwischen dem Regierungsrat des Kantons Solothurn und der Stadt Grenchen über die finanzielle Abgeltung der Tätigkeiten der Stapo wird genehmigt.

Vollzug: Stadtpräsidium

Stadtpräsidium
Stapo
Stadt Solothurn, Stadtpräsidium

1.2.0.0 / acs

Verein Spitex Grenchen: Erneuerung Leistungsvereinbarung

Vorlage: KZKL/07.01.2020

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Renato Delfini, Vize-Präsident Verein Spitex, ist froh und dankbar, dass er kurz ein paar Worte über die Spitex verlieren darf. Die Spitex ist eine Organisation von Grenchnern für Grenchner. Sie ist nach seiner Auffassung von der Bedeutung her gleichwertig wie die Blaulichtorganisationen. Man ist im Bereich Pflege und Altersversorgung jedes Mal bedarfsgerecht mit den richtigen Leuten mit den richtigen Ausbildungen vor Ort und das ist eine sehr grosse Herausforderung. Die Spitex Grenchen ist mittlerweile rund 26 Jahre alt. Aus verschiedensten Vorvereinungen hat man sich hier gefunden und immer im Sinn eines Vereins operiert. Man hat sich immer als gemeindeeigene Spitex verstanden und so in der Objektfinanzierung immer auf Franken und Rappen exakt alles mit der Stadt abgerechnet. Die anstehenden Herausforderungen sind vielfältig. Er denkt, dass die grösste Herausforderung die demografische sein dürfte. Hier muss sicher nicht ins Detail gegangen werden. Man hat Kostenentwicklungen, die ein grosses Thema sind, wo man intensiv schaut, wie man diese im Griff behalten kann. Man hat aber auch die Situation, dass man konfrontiert wird mit Pflegefällen ohne Voranmeldung. Die Spitallisten mit den ambulant durchgeführten Operationen führen die Spitex natürlich auch an die Grenze der Verfügbarkeit der richtigen Leute zum richtigen Zeitpunkt. Das sind Herausforderungen, welche die Spitex dazu führen, sich grundsätzlich zu reorganisieren und zu professionalisieren. Man ist bereits seit über einem Jahr intensiv daran und hat inhaltlich die entsprechend unternehmerischen Schritte alle vollzogen. Er ist designierter Präsident der Spitex-Organisation - ausser es gäbe im Mai 2020 ein Kampfwahl. Aber sonst wäre er dann verantwortlich für die Weiterführung. Als Non-profit-Organisation scheint es ihm wichtig, dass man sich bewusst wird, was von den vornehmlich Frauen geleistet wird. Man hat aktuell rund 350 Pflegefälle als Auftrag. Man hat rund 65 Mitarbeitende, alle in Teilpensen, hoch flexibel, die sich samstags, sonntags, festtags, feiertags, bei Regen, Schnee oder Sonnenschein für die ganze Sache einsetzen. Interessant zu wissen ist, dass sich z.B. eine Mitarbeiterin täglich auseinandergesetzt sieht, sich in 26 unterschiedlichen Haushalten zurecht zu finden. Man muss sich vorstellen, was es bedeutet, in 26 Haushalten zu wissen, wo der Kehrbesen oder der Putzlappen ist. Das Spitex-Team verrichtet pro Tag rund 1'500 unterschiedliche Leistungen bei den Klienten. Auch das ist doch Beleg des Bedarfs. Man ist tagtäglich unterwegs auf dem Platz Grenchen. Man trägt die Stadt Grenchen auch in die Pflege und Altersversorgung hinein. Man macht pro Monat rund 4'400 km auf Stadtboden.

Jede Mitarbeiterin spult rund 30 km ab. Mit diesen Angaben soll aufgezeigt werden, was hier so abläuft. Aufgrund der demografische Situation sieht sich die Spitex selbstverständlich auch mit dem Fachkräftemangel konfrontiert. In der Konsequenz bildet die Spitex selbst Leute aus. Man hat zurzeit sieben Auszubildende (im Skill- und Grade Mix), damit man den eigenen Nachwuchs nachziehen kann. Das ist eine Investition in die Zukunft, die sich bereits sehr positiv bemerkbar macht. Man versucht den Änderungen proaktiv zu begegnen. Man steht auch mit allen städtischen und anderen Organisationen und Akteuren im ganzen Umfeld von Pflege und Altersversorgung in einem Dialog, der sich immer besser darstellt, mit der Idee zu schauen, wo man noch Synergien nutzen und sich besser in die Hand spielen kann. Die nationale Strategie „Ambulant vor Stationär“ ist eine richtige Strategie, aber in der realistischen Umsetzung geht es nur mit „Ambulant und Stationär“. Man ist hier mit guten Partnern auf dem Platz unterwegs. Man ist froh und dankbar, wenn der Gemeinderat der Spitex frühzeitig genug das Vertrauen ausspricht und die Verabschiedung einer neuen Leistungsvereinbarung unterstützt, um der Spitex dadurch Planungssicherheit zu verschaffen, damit sie mit dem Personal und den Herausforderungen die nächsten Schritte machen kann, ohne immer wieder schauen zu müssen, wo sie steht und ob die Stadt sie abdeckt und sie diese im Rücken hat.

1.2 Laut Reto Kämpfer, Leiter SDOL, bietet die Spitex Grenchen eine Grundversorgung in der ambulanten Pflege, welche Menschen, die Pflege beanspruchen, eine verlässliche Sicherheit gibt. Soviel er weiss, ist es eine Spitex von Grenchnerinnen und Grenchnern für Grenchnerinnen und Grenchner. Es hat einen grossen Prozentsatz an Mitarbeitenden, die wirklich in Grenchen wohnen. Es werden Menschen von Menschen gepflegt, die sie vorher gekannt haben. Das ist ein klarer Softskill, der aber nicht zu unterschätzen ist. Die Spitex ist gut geführt. Er weiss auch, dass es von der Objektfinanzierung in eine leistungsorientierte Finanzierung wechseln soll, wo der Kanton dann sagt, wie das geht. In einer solchen Situation sollte man seines Erachtens nicht ein Experiment wagen. Würde man dies tun und die Vereinbarung nicht unterschreiben, würde man das Personal verunsichern. Es würde sehr wahrscheinlich Fluktuationen geben. Dass der Pflegestellenmarkt sehr ausgetrocknet, ist eigentlich allen bekannt. So könnte es schwierig werden, dass man überhaupt die Grundversorgung so weiterhin gewährleisten könnte.

1.3 Vize-Stadtpräsident Remo Bill äussert sich wie folgt:

Als Vize-Stadtpräsident ist er mit Berta Heiri als Vertretung der Stadt Grenchen im Vorstand im Verein der Spitex Grenchen. Er kann bestätigen, dass die Spitex eine hervorragende Arbeit macht. Der Verein mit seinen ca. 65 Mitarbeitenden ist ein KMU, das professionell geführt wird. Die Organisationsstruktur der Spitex Grenchen wurde im Jahr 2019 nach neusten Grundsätzen überarbeitet. Der Wechsel im Präsidium der Spitex wird an der Generalversammlung vom 23. April 2020 vollzogen. Um die Zukunft der Spitex Grenchen sicherzustellen, muss die bereits gekündigte Leistungsvereinbarung um ein weiteres Jahr bis 31. Dezember 2020 verlängert werden. Die neue Leistungsvereinbarung muss nicht öffentlich ausgeschrieben werden, das hat der Regierungsrat des Kantons Solothurn im 2019 mit der Beantwortung einer Interpellation im Kantonsrat bestätigt.

«Die Sicherstellung der ambulanten Pflege stellt ein kommunales Leistungsfeld dar. Die Gemeinden sind verpflichtet, die Grundversorgung in der ambulanten Pflege zu gewährleisten.»

Was, wenn es die Spitex Grenchen nicht mehr geben würde?

Zu den Dienstleistungen:

- Kann eine private Organisation eine Anzahl von ca. 350 Klienten abdecken?
- Langjährige Vertrauenspersonen und deren Know-how würden verloren gehen.

Zum Personal:

- Ca. 65 Mitarbeiter/-innen würden ihre Stelle und 7 Lernende ihren Ausbildungsplatz verlieren.
- Rund 1/3 der Mitarbeitenden sind aus Grenchen.

Zu den Kosten:

- Die Stadt hat viel in die Spitex Grenchen investiert; diese würden verloren gehen.
- Die Spitex Grenchen versucht stets zum Wohle der Stadt kostensparend zu agieren.

Zur Zukunft:

- Anstrengungen, eine optimale Versorgungskette zu gewährleisten, würden wegfallen.
- Viel Aufbauarbeit, welche unentgeltlich für die Zukunft geleistet wurde, würden ungenutzt bleiben.

Aus diesen erwähnten Gründen bittet er den Rat, den Anträgen zuzustimmen.

2 Eintreten

- 2.1 Laut Gemeinderat Ivo von Büren ist die SVP-Fraktion für Eintreten und wird der Vorlage zustimmen. Die Spitex Grenchen ist ein wichtiger Bestandteil der Stadt. Was zur Vergangenheit noch zu sagen ist, ist, dass die Spitex damals auf dem Papier zwar präsent war, aber man nicht so gut in die Spitex hineingesehen hat. Man wusste zwar einigermaßen, was die Spitex macht, aber von den Behördenvertretern wurde man eigentlich nicht gut informiert. Das war ein Manko. Er muss sagen, dass, seit Remo Bill dort Einsitz genommen und der Behörde klar aufgezeigt hat, was die Spitex macht und wie sie es macht, man einen viel besseren Einblick in den Betrieb erhalten hat. Es ist viel transparenter als vorher. Die Spitex macht einen sehr guten Job in Grenchen. Sie ist sehr wichtig. Im Namen der SVP-Fraktion dankt er den Leuten, die diese Arbeit leisten.
- 2.2 Auch die CVP-Fraktion, so Gemeinderat Peter Brotschi, schliesst sich dem Dank an. Ihr ist bewusst, was hier geleistet wird. Man sieht die Spitex-Mitarbeiterinnen, wenn sie im Auto herumfahren, aber das ist nur das Äusserliche. Was nachher in den einzelnen Haushalten und auch am Krankenbett passiert, sieht man ja nicht. Man weiss, wenn man Leute im persönlichen Umfeld hat, die Spitex-Leistungen beziehen, wie wichtig diese Arbeit ist. Die Anträge werden von der CVP genehmigt.
- 2.3 Es ist unbestritten, so Gemeinderat Robert Gerber, dass die Spitex-Organisationen landauf, landab eine sehr, sehr wichtige Aufgabe erfüllen und man ihnen deshalb auch gute und faire Vertragsbedingungen seitens der öffentlichen Hand bieten muss. Die Leistungsvereinbarung resp. der Vertrag Spitex und Stadt Grenchen ist schon eine längere Geschichte. Die FDP-Fraktion ist froh, dass hier nun Bewegung in die Geschichte kommt und die nächsten und hoffentlich definitiven Schritte absehbar sind.

Die Beziehungen zwischen den einzelnen Gemeinden und den Spitex-Organisationen sind, wie so vieles in diesem Land, von Kanton zu Kanton verschieden. Ja, vielleicht auch von Gemeinde zu Gemeinde. Es gibt Kantone, da werden diese Spitex-Leistungen öffentlich ausgeschrieben. Im Kanton Solothurn ist dies anscheinend nicht der Fall. Ja, so sind die Sachen eben verschieden. Die FDP-Fraktion kann sich mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise einverstanden erklären, hat aber noch einen Antrag:

Die FDP-Fraktion beantragt, eine Änderung im Punkt 4.3 des Antrages vorzunehmen. Nämlich, die auszuarbeitende Leistungsvereinbarung mit der Spitex Grenchen, mit Gültigkeit ab 1. Januar 2021 sei nicht der Gemeinderatskommission, sondern dem Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen.

Es handelt sich nicht um einen marginalen Beitrag, der da in der neu auszuarbeitenden Leistungsvereinbarung stehen wird, sondern es handelt sich um mehrere hunderttausend Franken pro Jahr. Und da ist die FDP der Auffassung, dass dieser Vertrag, dass diese Vertragsbedingungen und insbesondere der Beitrag im Gemeinderat zu behandeln sind. Aber auch die Vertragsdauer und andere wichtige Vertragsbedingungen möchte sie hier in diesem Gremium diskutieren und beschliessen.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Der Abänderungsantrag der FDP-Fraktion lautet wie folgt: „*Der Stadtpräsident erhält den Auftrag, die neue Leistungsvereinbarung mit der Spitex Grenchen, mit Gültigkeit ab 01.01.2021 und nach den Vorgaben des Kantons auszuarbeiten und dem Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen.*“

Der Antrag wird stillschweigend gutgeheissen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Die bereits gekündigte Leistungsvereinbarung wird um ein weiteres Jahr bis 31.12.2020 verlängert.
- 4.2 Die neue Leistungsvereinbarung ab 01.01.2021 wird nicht öffentlich ausgeschrieben.
- 4.3 Der Stadtpräsident erhält den Auftrag, die neue Leistungsvereinbarung mit der Spitex Grenchen, mit Gültigkeit ab 01.01.2021 und nach den Vorgaben des Kantons auszuarbeiten und dem Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen.

Vollzug: KZL

Spitex-Verein, Girardstrasse 17, 2540 Grenchen
 Vize-Stadtpräsident Remo Bill, Behördenvertreter
 Bertha Heiri, Behördenvertreterin
 FV
 SDOL

4.1.1.1 / acs

Kunsthhaus Grenchen: Änderung Statuten und Betriebsreglement

Vorlage: KZL/08.01.2020

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Gemäss Dr. Hanspeter Rentsch, Präsident Kunsthaus Grenchen, handelt es sich um eine formelle Angelegenheit. Es geht um eine Statutenänderung und eine Totalrevision des Organisations- und Betriebsreglements. Die Kunstgesellschaft hat der Statutenänderung als einer der Stifterin bereits zugestimmt. Wenn die Stadt als zweite Stifterin dem ebenfalls zustimmt, wird man es noch der Stiftungsaufsicht unterbreiten müssen. Er glaubt, dass das eine relativ kleine Sache ist. Bei der Totalrevision des Organisations- und Betriebsreglements geht es vor allem darum, der neuen Organisation, die jetzt schon eine Zeit lang in Kraft ist, Rechnung zu tragen und das entsprechend anzupassen. Auch hier ist es nötig, dass beide Stifterinnen dem zustimmen. Die Kunstgesellschaft hat dies in der Zwischenzeit bereits getan. Er wäre deshalb froh, wenn es der Gemeinderat heute entsprechend verabschieden könnte.

1.1.1 In den Erwägungen der Vorlage wird Bezug auf die Eintrittspreise etc. genommen. Laut Dr. Hanspeter Rentsch ist das Kunsthaus jederzeit offen, über solche Sachen zu sprechen. Es ist Sache des Gemeinderates und der Gemeinderatskommission, entsprechende Wünsche dem Kunsthaus einzugeben. Er möchte aber festhalten, dass drei Mitglieder des Stiftungsrates von der Stadt Grenchen bestimmt werden (Stadtvertreter sind André Weyermann, Reto Kohli und Rolf Beyeler). Diese haben jederzeit die Möglichkeit, ihre Meinungen im Stiftungsrat einzugeben und dort entsprechende Wünsche auf den Tisch zu legen.

1.2 François Scheidegger dankt Dr. Hanspeter Rentsch für die Ausführungen. Eigentlich sind es ja zwei Geschäfte. Das eine ist die Statutenänderung, das andere die Totalrevision des Organisations- und Betriebsreglements. Er glaubt, dass man es trotzdem gemeinsam behandeln kann. Er möchte aber, dass man dann bei den Anträgen separat darüber abstimmt.

2 Eintreten

2.1 Laut Gemeinderätin Angela Kummer unterstützt die SP-Fraktion den Wunsch der Stiftung Kunsthaus Grenchen für die Namensänderung. Das ist nachvollziehbar. Auch findet sie es in Ordnung, wenn sich das Kunsthausteam und die Stiftung nach so langer Zeit ein aktualisiertes und zeitgemässes Betriebsreglement geben.

Die SP ist froh, dass die Stiftung Kunsthaus eine klare Aufgabentrennung vornimmt, Kompetenzen klärt und insbesondere auch im neuen Betriebsreglement dem Umstand Rechnung trägt, dass eine Co-Leitung existiert. Sie hat noch eine kleine Frage: Hat man absichtlich auf eine Gegenüberstellung des alten und neuen Betriebsreglements verzichtet?

- 2.1.1 Dr. Hanspeter Rentsch meint, dass es zu viele Änderungen gegeben hätte und dadurch nicht übersichtlicher gewesen wäre. Es handelt sich um eine Totalrevision.
- 2.2 Gemeinderat Ivo von Büren erklärt, dass die SVP-Fraktion für Eintreten ist und der Vorlage zustimmen wird. Er möchte es nicht unterlassen, seinen Hut vor der Stiftung Kunsthaus zu ziehen. Er ist sicher kein grosser Besucher des Kunsthauses, aber was der SVP-Fraktion alle Jahre immer wieder Eindruck macht, ist das Engagement, das der Stiftungsratspräsident beim Sponsoring an den Tag legt. Es ist bemerkenswert, wie viel Geld reingeholt wird. Er weiss aus eigener Erfahrung, dass das nicht einfach ist. Hier möchte er ihm ein Kränzchen winden.
- 2.2.1 Dr. Hanspeter Rentsch bedankt sich für die lobenden Worte.
- 2.3 Gemäss Gemeinderat Peter Brotschi ist die CVP-Fraktion ebenfalls für Eintreten und wird den Anträgen zustimmen. Er selbst ist ab und zu im Kunsthaus und findet das eine sehr gute Sache. Wenn man dann den neuen Bahnhofplatz hat, kommt das Haus endlich auch zur besseren Geltung. Der Antrag in der Vorlage ist etwas missglückt: „[...] dem Betriebsreglement (nicht der *Betriebsänderung*) wird zugestimmt.“ Er ist froh, wenn man zwei Anträge daraus macht.
- 2.4 Die FDP-Fraktion, so Gemeinderat Robert Gerber, ist für Eintreten und wird den zwei Anträgen zustimmen. Sie dankt selbstverständlich der Leitung und dem ganzen Team des Kunsthauses.
- Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Organisations- und Betriebsreglement
- 3.1.1 Es gibt folgende Änderungen redaktioneller Art:
„DBO“ wird durch „PO“ und „EGG“ durch „Stadt Grenchen“ ersetzt.
- 3.2 Antrag und Beschlussesentwurf
- 3.2.1 Ziff. 4.1 enthält zwei Anträge, die neu als Ziffern 4.1 und 4.2 formuliert werden:
- „*Der Namensänderung in den Statuten wird zugestimmt.*“
 - „*Dem neuen Organisations- und Betriebsreglement wird zugestimmt.*“
- Die Ziffern 4.1 und 4.2 werden einstimmig gutgeheissen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Der Namensänderung in den Statuten wird zugestimmt.
- 4.2 Dem neuen Organisations- und Betriebsreglement wird zugestimmt.

Vollzug: KZL

KSF
Stiftung Kunsthaus Grenchen, Herr Dr. Hanspeter Rentsch, Bangertli 12, 2544 Bettlach
Kunsthaus Grenchen, Bahnhofstrasse 53, 2540 Grenchen

3.1.3 / acs

SWG: Corporate Governance Prinzipien, Prüfung optimale Rechtsform: Projektvorschlag

Vorlage: GRKB 3911/18.12.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Wie Stadtpräsident François Scheidegger ausführt, hat der Gemeinderat am 3. Dezember 2019 die Eignerstrategie verabschiedet und explizit verlangt, dass man jetzt dran bleibt, die Corporate Governance Kriterien prüft sowie im gleichen Kontext die Rechtsform anschaut. Im Weiteren hat der Gemeinderat den Auftrag erteilt, dass man ein Projekt betreffend die Leistungsziele startet. Er hat der Gemeinderatskommission nahe gelegt, das Projekt durch Dr. Thomas Gfeller (ehem. Projektleiter Kompass) bearbeiten zu lassen. Er ist schon mit ihm zusammengesessen und hat gerade heute die Offerte von ihm erhalten. Er geht davon aus, dass man das Geschäft im Gemeinderat vom 31. März 2020 wird behandeln können. Heute ist das Thema Corporate Governance Prinzipien. Die Gemeinderatskommission hat das Geschäft vorberaten. Der Gemeinderat hat das Protokoll erhalten. Man hat noch diskutiert, wie breit man den Prozess anlegen will. Das Projekt wurde zuhanded Gemeinderat noch verschlankt. Er hat mit dem Vize-Stadtpräsidenten auch nochmals über die Projektorganisation gesprochen. Es ist zu bedenken, dass man bei einer allfälligen Statutenänderung in die Gemeindeversammlung gehen muss. Was man sich auch gut überlegen muss, ist, ob man wirklich die Rechtsform ändern will. Das muss man vertieft anschauen. Dort ist dann auch der grosse Aufwand versteckt. Es wäre schade, wenn man dort einen Haufen Aufwand betreiben würde und dann zum Schluss käme, dass die heutige Lösung mit der öffentlich-rechtlichen Organisation doch gut ist. Das wird man dann im Prozess vertieft anschauen müssen, auch zusammen mit dem Verwaltungsrat SWG.
- 1.2 Rechtsanwalt Bruno Heynen, Binder Rechtsanwälte, weist ebenfalls auf die Eignerstrategie hin, die Gemeinderat im Dezember 2019 verabschiedet hat. Zwei Sachen wurden in diesem Projekt nicht angesprochen: Einerseits wurde bewusst der Bereich Corporate Governance Prinzipien ausgelassen. Hier geht es vor allem um den Verwaltungsrat SWG und darum zu schauen, wie man diesen optimal organisieren kann. Das kann nur gemacht werden, wenn eine Eignerstrategie vorhanden ist und diese hat man jetzt. Wenn dann auch die Corporate Governance Prinzipien vorliegen, wird man prüfen können, ob die heutige Rechtsform (öffentlich-rechtliche Anstalt) immer noch ideal für die Zukunft ist oder ob allenfalls die privatrechtliche Aktiengesellschaft besser geeignet wäre. Er kann jetzt schon sagen, dass das nicht schwarz-weiss sein wird. Man wird einen Kriterienkatalog erarbeiten und versuchen, die Vor- und Nachteile auszuarbeiten und dann geht es um eine Bewertung. Wie wichtig sind die einzelnen Vor und Nachteile und wie sind diese zu gewichten?

Wenn der Gemeinderat einverstanden ist, wird man ihm in diesem Projekt Ende Juni 2020 eine detaillierte Beurteilung mit allen Vor- und Nachteilen vorlegen und er wird entscheiden müssen, was er davon hält. Das Projekt umfasst zwei Schritte. Man würde sie durchziehen und Ende Juni 2020 zusammen mit Prof. Dr. Andreas Binder wieder in den Gemeinderat kommen. Der erste Schritt sind die Corporate Governance Prinzipien. Dort geht es um Fragen, die zum Teil auch umstritten sind oder heisse Eisen darstellen, wie z.B. der Verwaltungsrat. Soll dieser auf drei oder vier Jahre oder noch kürzer gewählt sein? Soll der Gemeinderat als Eigentümerversorger den Verwaltungsrat jederzeit abwählen können, wenn er nicht mehr zufrieden mit ihm ist? Soll der Verwaltungsrat gewisse Unabhängigkeitsregeln erfüllen? Z.B. mindestens die Hälfte der Mitglieder muss von der SWG und der Stadt unabhängig sein - das ist heutzutage Best Practice. Unabhängigkeit heisst, dass man nicht befangen ist, keine eigenen Interessen verfolgt und dann man auch besser neutral entscheiden kann. Gibt es Amtszeit- oder Alterslimiten? Z.B. ein Verwaltungsratsmitglied darf nicht länger als acht oder zwölf Jahre dabei sein oder es muss mit 70 oder 80 Jahren den Verwaltungsrat verlassen. Man würde auch näher definieren, was die Aufgaben des Verwaltungsratspräsidenten und des VR-Vizepräsidenten sind. Das wäre der erste Schritt. Dann käme der zweite Schritt. Hier könnte man dann, wenn man alle Grundlagen hat (Statuten, Eignerstrategie, Corporate Governance Prinzipien), die Vor- und Nachteile des Status quo anschauen versus die sogenannten privatrechtlichen Gesellschaften. Man würde mit diesem Papier mit verschiedenen Kriterien kommen (z.B. Möglichkeit der Kapitalbeschaffung, der Einflussnahme durch den Gemeinderat, der Kooperation mit anderen Firmen oder der Firmenbeteiligung), wo man die Vor- und Nachteile der Rechtsformen aufzeigen und versuchen würde, zu gewichten. Die Projektorganisation ist identisch wie beim Projekt „Eignerstrategie SWG“ - die Gemeinderatskommission unterstützt das. Der Gemeinderat ist Auftraggeber, die Gemeinderatskommission Steuerungsgruppe und die Arbeitsgruppe wäre gleich zusammengestellt wie beim letzten Mal. Es drängen sich keine Änderungen auf, inzwischen kennt man sich gut und weiss, wie man arbeitet. Er verweist auf die Meilensteine. Man hat versucht, möglichst schlank zu sein und wenige Sitzungen zu planen. Wenn der Gemeinderat einverstanden ist, würde das Projekt Ende Juni 2020 ein vorläufiges Ende finden, indem er beschliesst, ob er die Corporate Governance Prinzipien (allenfalls mit Änderungen) annehmen will und ob die SWG weiterhin eine öffentlich-rechtliche Anstalt sein oder eine AG werden soll. Mit diesem Beschluss würde das dann enden. Es ist höchstwahrscheinlich, dass die Corporate Governance Prinzipien zwingend gewisse Statutenänderungen vorsehen werden, z.B. wenn man sagt, dass man den Verwaltungsrat jedes Jahr wählen will. Dann müsste das in einem letzten Schritt auch noch durch die Gemeindeversammlung. Wird entschieden, dass es eine AG gibt, muss es sowieso in die Gemeindeversammlung. Dann gibt es eine neue Gesellschaft mit neuen Statuten etc. Beim Honorar wurde von CHF 300.00 pro Stunde plus MWST ausgegangen. Angesichts dessen, wer da mitarbeitet, ist es ein faires Angebot. Es ist eine Schätzung, aber man wird sich behaften lassen, dass man nicht länger als 15 Stunden für die Ausarbeitung Corporate Governance Prinzipien und nicht länger als 20 Stunden für die Ausarbeitung der Vor- und Nachteile der Rechtsformen hat. Man ist von fünf bis sechs Sitzungen ausgegangen. Wenn es wider Erwarten mehr Sitzungen gäbe, könnte es ein wenig teurer kommen.

- 1.3 Für François Scheidegger ist der Fahrplan nicht sakrosankt. Er sieht weniger, dass man mit jedem einzelnen Verwaltungsratsmitglied SWG ein Gespräch führt. Er kann sich gut vorstellen, dass man mit dem ganzen Verwaltungsrat einmal eine Veranstaltung durchführt, die nur einen Abend geht. Er betont, dass nach seiner persönlichen Meinung die Frage der Rechtsform nicht so wahnsinnig vordringlich ist. Er möchte in einem Zwischenschritt einmal die Frage beantwortet haben, ob man den zweiten Schritt überhaupt gehen und die Rechtsform anschauen soll oder ob man lieber darauf verzichten und es irgendeinmal machen will. Hier würde ihn dann auch interessieren, was der Verwaltungsrat SWG dazu sagt, aber man muss das Thema sicher ein Stück weit ausloten. Er möchte einfach nicht, dass man hier einen Haufen Zeit investiert und dann am Schluss sagt, dass man den Wechsel zu einer AG jetzt doch nicht vornimmt. Hier wird man sich noch überlegen müssen, wie man das am besten angeht.
- 1.4 Auch wenn man, so Bruno Heynen, jetzt (maximal) 20 Stunden für die Rechtsform aufwendet und zum Schluss kommt, dass man nicht wechseln will, ist das nicht verlorene Zeit, weil man dann genau weiss, wieso man nicht wechseln will. Wenn es dann Leute gibt, die fragen, wieso Grenchen keine AG hat, kann man ihnen sagen, dass man es genau angeschaut und aus diesen und jenen Gründen verworfen hat. Es ist in seinen Augen kein hinausgeworfenes Geld, wenn man zum Schluss kommt, dass man keine AG macht. Aber das muss man dann innerhalb des Projekts entscheiden.

2 Eintreten

- 2.1 Wie Gemeinderat Alexander Kaufmann ausführt, haben das Büro Binder Rechtsanwälte das Projekt Eignerstrategie SWG bisher zufriedenstellend und zielführend begleitet. Aus dieser Tatsache macht eine weitere Zusammenarbeit für die Projektorganisation mit Binder Rechtsanwälte Sinn. Die Idee, zur Erarbeitung der Leistungsziele Thomas Gfeller quasi zu reaktivieren, ist ebenfalls positiv zu werten. Die Zusammenarbeit mit ihm im Projekt Kompass war sehr konstruktiv und professionell. Die Person Gfeller hatte einen grossen Anteil am guten Gelingen des Projektes. Der Nachtragskredit von maximal CHF 25'000.00 ist nicht zu unterschätzen und fällt relativ hoch aus. Der SP-Fraktion stellt sich die Frage, ob das Honorar von Thomas Gfeller in dieser Summe enthalten ist oder noch separat als Nachtragskredit bewilligt werden muss. Die SP unterstützt die Vorlage gemäss Beschluss der GRK.
- 2.2 Laut Gemeinderat Matthias Meier-Moren machte der Gemeinderat mit der Eignerstrategie den ersten wichtigen Schritt in Richtung Zukunft. Nun folgt der zweite Schritt, welcher die Ausarbeitung der Corporate Governance Prinzipien festlegt, welche die politisch und fachlich Zusammensetzung, Anzahl, Auswahl, Amtsdauer und Amtszeitlimite des Verwaltungsrats SWG festlegt. Des Weiteren kann die Rolle des Verwaltungsratspräsidenten bestimmt werden, ob dieser wie heute dem Stadtpräsidenten zufällt oder anders geregelt wird. Auch könnte man prüfen, ob die SWG eine privatrechtliche AG werden oder doch ein selbständig öffentlich-rechtliches Unternehmen wie heute bleiben soll. Alles wichtige Fragen, welche in der Arbeitsgruppe erarbeitet, im Gemeinderat beraten und schlussendlich darüber befunden werden soll. Betreffend der Arbeitsgruppe hat sich die CVP-Fraktion die Frage gestellt, aus welchem Grund der Finanzverwalter und die Stadtschreiberin Einsitz nehmen, braucht es tatsächlich beide in der Arbeitsgruppe?

Mit der Leitung der Arbeitsgruppe durch Binder Rechtsanwälte, mit welchen der Gemeinderat erfolgreich die Eignerstrategie erarbeitet hat, ist die CVP absolut einverstanden. Des Weiteren ist sie froh, dass die Kosten welche ihr in der Gemeinderatskommission präsentiert wurden, durch nochmaliges Verhandeln nun bei CHF 25'000.00 zu stehen kommen. Die CVP-Fraktion ist für Eintreten und stimmt der Vorlage zu.

- 2.3 Gemeinderätin Nicole Hirt, glp, schliesst sich ihren Vorrednern an. Sie hat noch eine Frage zum Nachtragskredit von CHF 25'000.00. Ihr ist schon klar, dass die Stadt Grenchen resp. der Gemeinderat verlangt hat, dass in Sachen SWG etwas gemacht wird, dass es vorwärts geht, dass man das ganz gut durchleuchtet und anschaut. Nichtsdestotrotz stellt sich für sie die Frage, ob sich die SWG nicht auch an den Kosten beteiligen würde, die hier entstehen werden. Wurde das in der Gemeinderatskommission diskutiert oder war von vornherein klar, dass das die Stadt zahlt?
- 2.3.1 Für François Scheidegger ist eine klare Sache. Es ist ein Projekt der Stadt. Sie ist Eignerin, der Gemeinderat ist Eigentümerversorger und wer zahlt, befiehlt. Anders sieht er es dann bei der Erarbeitung der Leistungsvereinbarung. Hier ist gedacht, dass das der Gemeinderat gemeinsam mit dem Verwaltungsrat SWG macht. Hier ist man auf Augenhöhe und kann sich die Kosten teilen.
- 2.4 Gemeinderat Reto Gasser dankt namens der FDP-Fraktion für die bisher geleistete Arbeit. Bei der Genehmigung der Eignerstrategie im Dezember 2019 hat man gesagt, dass man gleich einen Schritt weitergehen und keine Zeit verlieren will. Die FDP ist sehr erfreut, dass der „Strom“ jetzt fliesst und will ihn nicht kappen, sondern vorwärts machen. Nach Ansicht der FDP geht es jetzt darum, im Rahmen der Corporate Governance Prinzipien zu schauen, wie der Verwaltungsrat besetzt sein soll. Sie ist sehr gespannt, was für ein Ergebnis es geben wird. Offenbar herrscht überall Unzufriedenheit über die Besetzung des Verwaltungsrates, die Professionalität, die Grösse und auch das Wahlprozedere. All das soll einer Überprüfung unterzogen werden. Nachher ist der nächste Schritt, der geplant ist, das Prüfen der Rechtsform. Persönlich hat er sich gefragt, warum man nicht zuerst die Rechtsform und dann den Verwaltungsrat prüfen soll. Er ist aber nicht Spezialist. Deshalb ist er gespannt, welche Überlegungen man diesbezüglich angestellt hat. Der Zeitplan ist ambitioniert, aber man muss vorwärts machen, wenn man die Änderungen für die nächste Legislatur in Gang bringen will. Wenn man jetzt sagt, dass man das erst in einem Jahr macht, dann reicht es nicht mehr für die nächste Amtsperiode. Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und wird dem Geschäft zustimmen.
- 2.5 Gemeinderat Marc Willemin kann sich mehrheitlich den vorherigen Voten anschliessen. Die SVP plädiert auch für ein Kostendach von CHF 25'000.00. Ebenfalls unterstützt sie den Plan, den ehemaligen Projektleiter Kompass, Thomas Gfeller, für die Leistungsziele des Verwaltungsrats SWG mit einzubeziehen. Die SVP dankt für die Bemühungen und wird der Vorlage zustimmen.
- 2.6 Betreffend Zusammensetzung der Arbeitsgruppe, so Bruno Heynen, ist es wichtig, dass man Diversität hat. Das Know-how eines „Finanzler“ und einer Juristin würde das andere Fachwissen in dieser Gruppe gut ergänzen. Mehr Überlegungen hat man nicht angestellt. Eine Arbeitsgruppe muss eine gewisse Grösse haben, deshalb fand man, dass es in dieser Phase Sinn macht, das so vorzuschlagen. Man hat die Projektorganisation des Projekts „Eignerstrategie SWG“ übernommen, aber sich schon überlegt, ob das immer noch Sinn macht. Auch hier wird es um rechtliche Fragen und um Finanzfragen gehen.

Zur Frage der Reihenfolge: Das könnte man auch anders machen. Er hat sich überlegt, dass es gut wäre, wenn man zuerst wüsste, was man genau organisatorisch mit dieser Gesellschaft will. Wenn man dann weiss, was man in Bezug auf den Verwaltungsrat, die Wahlgremien usw. will, dann schaut man, welche Rechtsform das am besten unterstützt. Vielleicht lassen sich die Vorstellungen dann einfacher mit einer AG oder einer öffentlich-rechtliche Anstalt realisieren. Das ist aber kein zwingendes Argument.

- 2.6.1 Reto Gasser bemerkt, dass das Ganze sehr am Verwaltungsrat aufgezäumt wird und nicht unbedingt nach Zweck und Flexibilität am Energiemarkt. Man könnte sich überlegen, dass das Ganze im Wandel ist, und sich fragen, was die flexibelste Gesellschaft ist, die am schlagkräftigsten ist. Es kann sicher keine GmbH, keine schwerfällige Genossenschaft, keine Stiftung und kein Verein sein. Wenn man aus der ganzen Palette die passende Rechtsform festgelegt hat, überlegt man sich, wie das strategische Organ besetzt werden soll. Im Moment ist man sehr verwaltungsratszentriert und -fixiert.
- 2.6.2 Bruno Heynen gibt Reto Gasser Recht. Das Hauptkriterium ist sicher, mit welcher Rechtsform die Firma in Zukunft am erfolgreichsten operieren kann.
- 2.6.3 Reto Gasser denkt, dass man das eine nicht ohne das andere machen kann. Wahrscheinlich wird sich die Projektleitung, wenn die Verwaltungsratsbesetzung etc. geprüft wird, bereits Gedanken machen, was das für den Markt und die Rechtsform bedeutet.
- 2.6.4 Laut Bruno Heynen ist bei der Verwaltungsratsbesetzung die Idee, dass die Projektleitung einen Vorschlag betreffend Grösse, Zusammensetzung und Auswahl unterbreitet. Es ist klar, dass der Gemeinderat immer den Verwaltungsrat wählt. Eine Frage wird sein, ob man das Ganze entpolitisieren kann. Vielleicht könnte man ein Gremium einsetzen, z.B. ein Nominationskomitee, das nach fachlichen Kriterien die Verwaltungsratskandidaten vorevaluiert und dem Gemeinderat einen Vorschlag unterbreitet. Der Gemeinderat muss bestimmen, wie der neue Prozess sein soll, insbesondere wie die Verwaltungsräte gesucht, evaluiert, ausgewählt und dem Gemeinderat zur Wahl vorgeschlagen werden. Es ist aber nicht Teil des Projekts, dass nachher bereits konkrete Namen herauskommen.
- 2.6.5 Für François Scheidegger ist klar, dass man den Verwaltungsrat anschauen muss und will. Hingegen ist für ihn die Frage der Rechtsform zweitrangig. Er persönlich ist noch nicht so sicher, ob man das wirklich machen muss. Die Kriterien für den Verwaltungsrat sind eigentlich unabhängig von der Rechtsform, das passt auf eine öffentlich-rechtliche Unternehmung genauso wie auf eine AG.
- 2.6.6 Gemäss Bruno Heynen ist das nicht zwingend so. Er gibt ein Beispiel: Wenn man will, dass einem Verwaltungsrat Instruktionen erteilt werden können, dies oder jenes zu tun, dann geht das unter einer AG nicht. Dafür kann man in einer AG den Verwaltungsrat jederzeit abwählen. Es gibt schon Unterschiede. Je nachdem, wie man das handhaben will, ob man näher oder weiter weg sein will, gibt es Vor- und Nachteile bei den verschiedenen Rechtsformen.
- 2.6.7 Man kann es, so François Scheidegger, auch der Arbeitsgruppe überlassen, was sie zuerst anschauen will.
- 2.6.8 Bruno Heynen macht beliebt, es die Reihenfolge so sein zu lassen, aber wenn die Arbeitsgruppe es anders will, dann ist das kein Problem.

Bruno Heynen sieht persönlich den Vorteil noch nicht ganz, weshalb man die Reihenfolgen umkehren soll. Hingegen ist er überzeugt, dass man die Beurteilung machen sollte.

- 2.6.9 Reto Gasser weist darauf hin, dass in der Offerte die Prüfung der Rechtsform enthalten ist. Wenn man es richtig machen will, sollte man auch gleich die Rechtsform prüfen. Er würde es in einem Guss machen. Vielleicht kommt man dann doch noch darauf, eine AG zu machen.
- 2.6.10 Laut François Scheidegger haben sowohl eine öffentlich-rechtliche Anstalt als auch eine AG Vor- und Nachteile. Der Hauptvorteil bei der AG ist die Beteiligungsfähigkeit, der Hauptvorteil der öffentlich-rechtlichen Anstalt ist, dass man in der Organisation völlig frei ist. Wenn man sich umschaute, wird es auch sehr unterschiedlich gehandhabt. In Biel hat man weiterhin eine öffentlich-rechtliche Unternehmung, in Olten eine AG. Betreffend Fahrplan und Meilensteine wäre er froh, wenn das nicht sakrosankt wäre, man dort gewisse Freiheiten hätte und die Gemeinderatskommission als Steuerungsgruppe noch sagen könnte, wenn sie etwas anders möchte.
- 2.6.11 Für Bruno Heynen ist das eine Selbstverständlichkeit.
Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Dem Projektvorschlag der *Binder Rechtsanwälte KLG* wird zugestimmt.
- 4.2 Es wird ein Nachtragskredit von maximal CHF 25'000.00 (inkl. MWST) zu Lasten ER 2020, Konto 0225.3132.00 (Rechtsdienst / Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.) für die Fachberatung durch *Binder Rechtsanwälte KLG* genehmigt.

Vollzug: KZL

Binder Rechtsanwälte, Baden
Stadtpräsident
SWG
FV

8.7.0 / acs

Schulverwaltung, Vorkindergarten: Anpassung der bisherigen Praktikumsstelle

Vorlage: Schulen Grenchen/11.11.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Gesamtschulleiter Hubert Bläsi fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

2.1 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno nimmt es vorne weg, die CVP ist für Eintreten und stimmt der Anpassung im Vorkindergarten zu. Jedoch möchte sie bei den Anträgen noch einen weiteren Punkt einbringen, welcher einen positiven Einfluss auf die Lohnkosten haben könnte. Damit der Vorkindergarten den Kindern gerecht wird, braucht es neben einer fachlich ausgebildeten Leiterin (100 %) eine fähige Mitarbeiterin (60 %), welche die Leiterin im täglichen Umgang mit den Kindern unterstützen und nicht, wie in der Vorlage beschrieben, eine zusätzliche Belastung darstellen sollte. Die vorgeschlagene Lösung mit einer frisch ausgebildeten Hochschulabsolventin mag zwar fachlich Sinn ergeben und mit Kosten von CHF 25'000.00 eine Win-win-Situation sein, hinter der die CVP stehen kann. Nun hat sie sich aber gefragt, ob es für die Zukunft nicht auch eine günstigere und trotzdem fachliche Lösung geben könnte, die Stelle zu besetzen. * Eine Vollzeitstudentin in sozialer Arbeit an der FHNW in Olten braucht ab dem 2. Ausbildungsjahr mindestens 750 Arbeitsstunden Praxiserfahrung, welche sie in einem 60%-Pensum absolvieren kann. Das Bachtelen beschäftigt jeweils für ein Jahr Vollzeitstudentinnen als Praktikantinnen im 60%-Pensum, bei welchen Lohnkosten von CHF 16'626.00 inkl. Sozialkosten anfallen. Das Bachtelen machte bisher mit den Vollzeitstudentinnen sehr gute Erfahrungen, diese können vom ersten Tag an voll eingesetzt werden und sind eine echte Unterstützung. Im gegebenen Fall würde dies sogar zu Einsparungen von CHF 8'374.00 pro Jahr führen, Um dieses Modell anbieten zu können, braucht die Leiterin einen Basiskurs als Praxisausbilderin sowie die Anerkennung als FHNW Ausbildungsinstitution.

*FHNW, Soziale Arbeit Vollzeitausbildung benötigen Praxiserfahrung

- Praktikum ab 2. Ausbildungsjahr / Arbeitspensum min. 50 % und total 750 Arbeitsstunden
- Institution muss als Ausbildungsinstitution von FHNW anerkannt sein
- Lohnkosten (60 %) CHF 1'290.00 (Monat) CHF 15'480.00 (Jahr, kein 13. Monatslohn) + Sozialleistungen CHF 1'146.00 = CHF 16'626.00

2.2 Laut Gemeinderätin Nicole Hirt war die glp 2014 von der Notwendigkeit des Vorkindergartens überzeugt und stimmte damals der 4-jährigen Verlängerung zu. Ebenfalls 2018, als der Vorkindergarten in den Normalbetrieb übergeführt wurde, stimmte die glp zu. Die Zahlen, die sie vom Gesamtschulleiter zugestellt bekam, sprechen grundsätzlich eine deutliche Sprache. Die Schülerinnen und Schüler (SuS) sind jetzt in der 7. Klasse angekommen und verteilen sich zu 10 % in der SEK B, zu 30 % in der SEK E und zu 10 % in der SEK P. Das tönt nach einem rechten Erfolg. Dennoch drängt sich mir eine Frage auf: Wer garantiert wie, dass auch die Kids in den Vorkindergarten kommen, die es am nötigsten haben?

Googlet man „Vorkindergarten Kanton Solothurn“, erscheint Grenchen an erster Stelle. Wie wird sichergestellt, dass nicht Eltern von dieser mehr als günstigen Betreuungsform für ihre Kinder - CHF 600.00 im Jahr - Wind bekommen haben und so den Platz für andere Kinder, die es nötiger hätten, besetzen. Kinder von heute haben es nicht einfach, sei es weil sie aus einer anderen Kultur kommen, sei es weil sie in einer Patchworkfamilie leben, sei es weil sie unterschiedliche Betreuungspersonen sowie unterschiedliche Lehrpersonen haben, dies bereits in der Unterstufe. Was wäre also sinnvoller, als das wenigstens im Vorkindergarten eine gewisse Kontinuität und somit Stabilität angestrebt werden soll. Mit einer ausgebildeten Pädagogin frisch ab Presse will man also nun eine junge Person mit viel theoretischem Wissen anstellen. Dass diese in Grenchen ihre Lebensstelle findet, das glaubt wohl niemand wirklich. Das ist nicht negativ gemeint, sondern Fakt. Junge wollen weiterkommen. Warum überlegt man sich nicht, eine Seniorin zur Unterstützung einzusetzen, die ganz viel Lebenserfahrung, eigene Kinder und auch Enkel hat? Sie steht voll und ganz hinter dem Vorkindergarten, aber nicht unter diesen Vorzeichen. Wieso es 160 Stellenprozent für die Betreuung von 3- bis 4-Jährigen in vier Gruppen braucht, d.h. also für 11 bis 13 Kinder pro Gruppe, erschliesst sich ihr nicht. Im 5- oder 6-jährigen Kindergarten kommt es vor, dass über 20 Kinder dort sind mit ein paar zusätzlichen Lektionen, an denen eine Heilpädagogin anwesend ist. Für sie ist das ganz klar eine Bevorzugung eines Angebots, das nicht einmal obligatorisch ist, und eine Benachteiligung für den Regelkindergarten. Aus diesem Grund lehnt die glp die Anpassung ab.

2.3 Die Haltung der SVP, so Gemeinderat Richard Aschberger, hat sich auch in nun knapp einer Dekade nicht geändert. Sie war und ist kritisch, was den Vorkindergarten angeht, und hat schon im Pilot immer wieder gesagt, dass es im Laufe der Jahre viel teurer werden wird und der Pilot nur ein Appetizer war, Stichwort Salamiaktik. Wenn der Vorkindergarten dann einmal da ist, kann man nicht mehr zurück. Und so hat man hier schon wieder eine Vorlage mit wiederkehrenden Zusatzkosten zu behandeln. Aber was soll's, die SVP-Ratsmitglieder werden wohl auch diesmal wieder die einzigen sein, welche kritisch zu diesem Angebot stehen, das ist ihnen auch nicht abzusprechen.

Vielleicht einfach noch ein paar Worte wegen der Signalwirkung, welche man seit Jahren anprangert und auch in der letzten Budgetdebatte nochmal gezielt hervorgehoben hat. Am Beispiel Vorkindergarten kann er das dem Gemeinderat ganz genau belegen, weil seine Hinweise, dass er von Sozialdienstmitarbeitern von anderen Sozialregionen auf sein damaliges Zeitungsstatement angesprochen wurde und man eben offenbar schon Familien nach Grenchen gelotst hat, das interessiert hier nur peripher. Er nahm und nimmt das so zur Kenntnis.

Wenn man aber in Google, Bing oder dergleichen Suchmaschine heute „Vorkindergarten“ eingibt und Grenchen unter den ersten 3 Empfehlungen aufleuchtet, und wenn man Vorkindergarten Kanton Solothurn angibt, sogar ganz oben, dann müssen sich die anderen GR-Mitglieder nicht fragen, wieso die SVP davor gewarnt hat. Aber wie erwähnt, es ist eine politische Entscheidung und so gewollt. Angebot schafft Nachfrage, vor allem wenn es dann noch so prominent in den digitalen Modulen auftaucht.

Man sieht betreffend Neuzuzüger in Grenchen auch am Indikator Steueraufkommen pro natürliche Person, wäre die Stadt attraktiv für Personen mit mittlerem oder hohem Einkommen, würde man das dort sehen, es ist aber seit Jahren stagnierend respektive leicht fallend, was verständlich ist beim Zuzug von jungen Familien. Ebenso zeigt der Finanzausgleich des Kantons genau das gleiche Bild, wenn man vor 4 Jahren noch 1 Million eingezahlt hat, erhält die Stadt für 2020 7 Millionen aus dem kantonalen Almosentopf, auch dort ist der Indikator soziodemographischer Ausgleich sonnenklar. Grenchen ist ein Magnet für tiefe Einkommen.

Den Hinweis der Finanzverwaltung ist so ziemlich das Einzige, was die SVP unterstützen kann. Wenn man schon Geld ausgibt, dann soll es auch den Kindern zu Gute kommen und nicht verdunsten, weil man nun noch Praktikanten beäugen muss. Und noch ein P.S: Er sagt nur Stichwort Elternbeiträge, diese fehlt mal wieder in dieser Vorlage und in der nächsten ja auch noch gleich. Aber auch hier, die SVP ist es sich ja gewohnt unterdessen.

Richard Aschberger hat noch eine Frage: Heute Nachmittag hatte er eine Sitzung im Amt für Soziale Sicherheit (ASO) und hat dort vom Projekt „Deutsch vor dem Kindergarten“ erfahren. Es gab Pilotgemeinden im Kanton, die das durchgeführt haben und wo der Kanton solche Vorkindergärten finanziert hat. Jetzt ist eine Studie darüber in Arbeit. Der Kanton wird sich nachher darauf abstützen, wenn es darum geht zu entscheiden, ob man es flächendeckend einführen und wer es bezahlen soll. Richard Aschberger hat zum ersten Mal davon gehört und war schon ein wenig erstaunt, dass Grenchen damals einen Pilot gefahren ist und den zu 100 Prozent selbst finanziert hat, weil man offenbar nicht einmal Anfragen getätigt hat. Im Kanton Basel z.B. wurde die Finanzierung der Vorkindergärten von Stiftungen übernommen. Wurde einmal eine Finanzierung über Stiftungen geprüft oder nicht? Die SVP lehnt die Anträge ab.

- 2.4 Gemäss Gemeinderat Konrad Schleiss ist die FDP-Fraktion nicht ganz der gleichen Meinung wie die zwei Vorredner. Sie hat das Gefühl, dass der Vorkindergarten ein sehr modernes Angebot ist. Es dient nicht dafür, möglichst arme Schichten hierherbringen, sondern es gibt relativ grosse internationale Firmen wie die CSL in Lengnau und die Biogen in Luterbach, die fremdsprachige Eltern anstellen, und diese Leute suchen Orte, wo ihre Kinder in die Schule gehen können. Das sind Fremdsprachige, deren Kinder nicht als Fremdsprachige in die Primarschule gehen können, und somit braucht es für solche Leute einen Vorkindergarten. Es wäre schade, wenn man für solche Leute nicht ein passendes Angebot hätte. Es sind nicht die sozial Schwächeren, die googlen, wo es Vorkindergärten gibt. Die bisherige Erfahrung zeigt, dass man damit Kinder fördert, die nachher problemloser in die Schulen gehen. Die FDP findet, dass es ein gutes Angebot ist, wo fachgerecht auf die Kinder eingegangen werden kann. Es soll nicht mit irgendwelchen Pensionierten, sondern professionell geführt werden.

Es sind mehrere Sprachen, die hier gefordert sind. Man hat es mit 3- und 4-jährigen Kinder zu tun, die eine fachkundige Betreuung brauchen. Die FDP ist für Eintreten und unterstützt das.

- 2.5 Gemeinderätin Angela Kummer möchte nicht an die unsägliche Diskussionen anknüpfen, die man in all den letzten Jahren pro und contra Vorkindergarten geführt hat. Man kennt die Haltung der SP. Sie hat den Vorkindergarten immer unterstützt. Es ist nicht wegen des Vorkindergartens, dass sozial schwächere Familien hierherkommen. Ob sie allenfalls von anderen abgeschoben werden, das kann sie sich noch vorstellen. Diese Leute brauchen ein Angebot. Die Stadt muss sich selbst und ihrer Bevölkerung lieb sein, wenn sie ein Angebot schafft, damit nachher der Einstieg in den Kindergarten und in die Schule besser gewährleistet werden kann. Wie vorhin Nicole Hirt erwähnt hat, hat ein Drittel gar keine Lösung. Es geht nicht darum, ein günstiges Angebot zu haben. Grundsätzlich ist die SP auch für etwas mehr Transparenz, damit man sieht, wer überhaupt in den Vorkindergarten kommt. Ein Drittel besucht eine normale Spielgruppe, ein Drittel den Vorkindergarten und ein Drittel der Kinder, die in den Kindergarten kommen, haben vorher gar keine Einrichtung besucht. Man hätte eigentlich Nachholbedarf.

Die SP-Fraktion ist für Eintreten und unterstützt die Anpassung der bisherigen Praktikumsstelle. Die Ausbildungsbedingungen haben sich stark verändert, so sind Praktikanten unterdessen schwer verfügbar. Da die Praktikantinnen über die Jahre immer jünger wurden, wurde der Betreuungs- und Abspracheaufwand für die Leiterin des Vorkindergartens immer grösser. Dies kann nicht sein, der Vorkindergarten muss funktionieren und die zweite Betreuungsperson soll eine Hilfe für die Leiterin sein, anstatt Mehraufwand zu generieren. Mit der vorgeschlagenen künftigen Lösung einer unbefristeten Stelle in einem 60%-Pensum für eine erwachsene Person, die bestenfalls eine pädagogische Ausbildung hat, ergibt sich für die Schulen Grenchen eine gute Win-win-Situation. Zum Antrag der CVP möchte sie noch mehr Informationen, sie kann sich noch kein abschliessendes Urteil bilden.

- 2.4 Laut Gemeinderat Peter Brotschi spricht man hier von gesellschaftlichen Veränderungen. Es sind sehr viele Leute aus der ganzen Welt nach Grenchen gekommen, was dazu geführt hat, dass man in der Schule und im Vorkindergarten auf völlig neue Voraussetzungen stösst. Keine Lehrergeneration musste in den letzten 35, 40 Jahren so viele Änderungen in ihren Klassen feststellen wie die gegenwärtige. Das ist auf die Wirtschaft zurückzuführen. Die Leute sind wegen der Wirtschaft hier und genau diese Wirtschaft, für die solche Angebote finanziert werden müssen, will immer weniger Steuern zahlen. Er hat das auch schon auf Stufe Kantonsrat gesagt. Er hat sich dann eine geharnischte Kritik der Handelskammer eingefangen, aber er steht dazu. Es werden auch auf Stufe Kanton mit der Prämienverbilligung Arbeitsplätze subventioniert. Genau solche Kinder müssen nachher wieder in die Schule gehen und mit vielen öffentlichen Gelder gefördert werden. Die Wirtschaft braucht diese Leute wegen der demographischen Probleme - das steht jeden Tag in der Zeitung. Das ist gut und recht, aber dann soll die Wirtschaft das mitfinanzieren und nicht immer die Kosten sozialisieren und auf die Gemeinden abwälzen.

- 2.5 Hubert Bläsi kann nicht garantieren, dass die Kinder, die es am nötigsten haben, auch aufgenommen werden. Er wüsste nicht wie, aber man kann darauf hinarbeiten, dass möglichst diese Kinder aufgenommen resp. zur Teilnahme motiviert werden. Man erhält auch Empfehlungen von verschiedenen Kanälen. Das funktioniert durchaus, aber garantieren kann man das selbstverständlich nicht.

Senior/-innen sind in den Schulen Grenchen gern gesehene Leute. Sie werden in der Primarschule eingesetzt. Aber im Fall der Schulsozialarbeit wäre es nicht unbedingt adäquat. Senior/-innen sind auch im Schulkreis Eichholz im Einsatz und machen das sehr gut.

2.5.1 Agnes Fuchs, Schulleiterin Eichholz, bestätigt, dass sie das super machen. Es hat einfach viel zu wenige.

2.5.2 Dass der Vorkindergarten im Google so prominent erscheint, so Hubert Bläsi, hat man lange als rühmend empfunden, denn man war und ist der Auffassung, dass man, je früher man einsetzt, desto grösser sind die Chancen, noch etwas bei Defiziten oder in schwierigen Situation rausholen kann.

Betreffend die Frage der Subventionierung: Das Projekt in Grenchen war eines der ersten Projekte (Pilot). Es wurde durch eine Stiftung subventioniert. Damals waren die Subventionen durch den Kanton noch gar nicht aktuell. Diese kamen dann in der Folge. Man hat dann nochmals gefragt, aber weil man schon finanziert war, gab es keine Doppelfinanzierung. Es ist ein Trend, dass man immer mehr von einer vorschulische Bildung ausgeht - das ist nicht nur in Grenchen so. Man hat eine Limitierung von 50 Kindern. Man kann nur diese Anzahl Kinder aufnehmen. Hatte man wie früher mehr Kinder, müsste man sie abweisen. Ebenfalls nicht in den Vorkindergarten aufgenommen werden Kinder, die bereits in einer Spielgruppe sind, damit es Platz hat für diejenigen Kinder, die es am Nötigsten haben. Die Erhöhung des Beitrags auf CHF 600.00 hat schon dazu geführt, dass es keine Wartelisten mehr gibt.

2.5.3 François Scheidegger hat noch eine Bemerkung zum Steuerkraftindex. Das hat weniger mit den Zuzügen, sondern mehr mit den Juristischen Personen zu tun, die massiv weniger Steuern zahlen. Und es hat einen Zusammenhang mit den Abgängen von Natürlichen Personen, die sehr gute Steuerzahler waren. Es ist immer etwas heikel, wenn man das als Argument nimmt. Von ihm aus gesehen stimmt das nicht.

2.6 Seit Jahren, so Ivo von Büren, erzählt man dem Gemeinderat, dass man solche Massnahme ergreifen und eine Vorreiterrolle spielen soll und in die Zukunft etc, investiert, wenn man das macht. Fakt ist: die Sozialkosten steigen jährlich und man investiert weiter in solche Projekte und erzählt nach wie vor das gleiche Zeug. Er hat das von Anfang an nicht geglaubt. Er ist Unternehmer, er weiss, wenn man aufhören muss, und er lernt aus seinen Fehlern. Das macht man hier im Rat nicht. Man investiert tagtäglich weiter in solche Sachen, die nichts fruchten. Aber anscheinend kann sich das die Stadt ja leisten.

2.6.1 François Scheidegger erwidert, dass die Sozialkosten gesenkt werden konnten. Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Matthias Meier-Moreno wiederholt seinen Abänderungsantrag zu Ziff. 4.1:

Statt eines befristeten Berufsfindungspraktikums wird im Vorkindergarten künftig entweder eine unbefristete Anstellung einer Mitarbeiterin mit einem Pensum von 60 % oder eine befristete Praktikumsstelle für Vollzeitstudentinnen aus der FHNW (Soziale Arbeit) mit 60 % angestrebt.

3.1.1 Hubert Bläsi macht deutlich, dass man aktuell bereits eine Mitarbeiterin hat, die im Vorkindergarten arbeitet, d.h. mit „künftig“ kann nicht jetzt gemeint sein. Ginge die betreffende Person einmal, könnte man es im Anschluss daran so umsetzen.

- 3.1.2 Angela Kummer erklärt namens der SP, dass sie mit beiden Möglichkeiten leben kann. Sie würde sich aber etwas mehr Kontinuität wünschen. Bei einer unbefristeten Anstellung ist das gewährleistet.

Der Abänderungsantrag zu Ziff. 4.1 wird mit 14 : 1 Stimmen gutgeheissen.

Ziff. 4.2 wird mit 10 : 5 Stimmen gutgeheissen.

Es ergeht folgender

4 Beschluss

- 4.1 Statt eines befristeten Berufsfindungspraktikums wird im Vorkindergarten künftig eine unbefristete Anstellung einer Mitarbeiterin mit einem Pensum von 60 % angestrebt.
- 4.2 Für die ab Januar 2020 zusätzlich anfallenden Lohnkosten von CHF 25'000.00 inklusive Sozialleistungen wird das Budget 2020 mit einem Nachtragskredit um den entsprechenden Betrag erhöht (Konto Nr. 5455.3010.00 - Frühkindliche Förderung, Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals).

Vollzug: SV

SV
PA
FV

5.8.8 / acs

Schulverwaltung, Schulsozialarbeit: Aufstockung der Stellenprozente

Vorlage: Schulen Grenchen/12.11.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Gesamtschulleiter Hubert Bläsi fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Die Thematik Schulsozialarbeit, so Gemeinderat Richard Aschberger, wurde schon diverse Male besprochen, auch im Budget vor paar Wochen. Die Haltung der SVP dazu ist glasklar, sie ist gegen diese Erhöhung, gegen die zusätzlich wiederkehrenden über CHF 130'000 pro Jahr. Zum vorhin angesprochenen Thema Elternbeiträge äussert er sich hier nicht mehr, er ist es leid. Das für die SVP einzig Positive an der Vorlage ist die Stellungnahme der Finanzverwaltung. Man staune, diese Zahlenspiele, welche die SVP seit Jahren immer wieder macht, wurden endlich aufgegriffen, es ist kaum zu glauben. Insbesondere in der Mitte der Seite 5, was den Aufwand pro Fall angeht und wo das Reporting bleibt, was die SVP schon ewig anprangert. Dort findet sich auch sein Lieblingssatz: „Diese Aussage zeigt auf, dass es bei tieferem Angebot anscheinend auch weniger Fälle gibt“. Voilà. Angebot schafft Nachfrage. Schön steht das einmal von Verwaltungsseite drauf und kommt nicht immer von der SVP und wird ignoriert.

Dann noch der Punkt wegen der Kleinstpensen, auch das ist ein kompletter Witz. Man stelle sich vor, das Kind hat zu Hause schon Probleme, Sprachbarrieren, Bindungsprobleme oder was weiss er - er heisst nicht Sigmund Freud. Dann wird ein Fall eröffnet, das Kind wird über Monate betreut. Und was passiert? Es hat auch bei der Schulsozialarbeit diverse Ansprechpersonen und das Kind wird weitergereicht wie eine heisse Kartoffel. Kein Wunder ziehen sich Fälle dann noch länger hin, hier geht die SVP auch mit der Finanzverwaltung und der Perspektive Kanton Solothurn einig. Je mehr Kleinstpensen desto mehr Leerläufe. Oder anders ausgedrückt: Wenn man schon Geld investieren will, dann soll es auch den betroffenen Personen zu Gute kommen und damit meint er die Kinder und Jugendliche und nicht Verwaltungs- und Koordinationsstellen.

Die SVP ist weiterhin der Meinung dass es einfach nicht sein kann, dass ständig mehr Geld auch in dieses System hier fliesst, nur weil bei den betroffenen Familien exorbitant oft schlichtweg das Elternhaus ein Totalausfall ist und die Allgemeinheit sprich der Steuerzahler dann mal wieder alles probieren muss, um Defizite zu lindern.

- 2.2 Laut Gemeinderat Daniel Hafner wurde schon mehrmals gesagt, dass die Gesellschaft und das Zusammenleben komplex geworden sind. Das hat nun einmal, ob man es will oder nicht, Auswirkungen. Die Schule ist immer ein Spiegel der Gesellschaft. Wenn Richard Aschberger von Totalausfällen spricht, dann teilt er seine Meinung. Es gibt Totalausfälle, aus welchen Gründen das ist, ist eine andere Geschichte. Die Konsequenzen tragen aber oftmals die Kinder. Was mit Kindern passiert, wenn sie in einer Familie aufwachsen, wo es Totalausfälle gibt, das weiss man in der Jugendkriminalität, in all den Geschichten, die man tagtäglich auf RTL II zur Kenntnis nehmen darf. Was das für Folgen für die Gesellschaft hat, ist eine andere Geschichte. Mit der Schulsozialarbeit hat man eine Einrichtung, welche die SP-Fraktion für sehr sinnvoll hält. Man hat gesehen, dass das Schülervolumen zugenommen hat. Wenn mehr Bedarf besteht, ist es logisch, dass man die entsprechende Einrichtung auch stärkt, damit sie ihrer Arbeit gerecht werden kann. Wenn man Gemeinden, die eine ähnliche Demografie wie Grenchen haben, nimmt (z.B. Trimbach), sieht man, dass das angestrebte Volumen von Stellenprozenten nicht irgendein Hirngespinnst ist, sondern der Sache dient. Prävention und schulpsychologische Arbeit, die nachher dazu führen, dass möglichst viele Kinder in den Arbeitsprozess integriert werden können, ist sehr wichtig. Wenn jetzt die Stellenprozente angepasst werden, ist das eine Form von Return of Invest. Wenn man nichts macht, ist das, wie wenn man meint, man könne die Feuerwehr einsparen. Wenn es dann brennt, dann kostet es, und zwar happig. Das weiss man tagtäglich. Es ist auch nicht wahr, dass die Sozialkosten steigen, sondern sie stagnieren oder sind rückläufig. Es ist wichtig, dass die Kinder von Grenchen in den Arbeitsprozess integriert und nicht Kunden von Sozialeinrichtungen und juristischen Intuitionen werden. Deshalb ist das Geschäft heute Abend äusserst wichtig. Die SP unterstützt den Antrag auf Aufstockung der Stellenprozente.
- 2.3 Das Bildungswesen, so Gemeinderätin Nicole Hirt, wird immer teurer, aber wird es auch besser? Gerade hat der Gemeinderat vom Erfolg des Vorkindergartens gehört und davon, dass es sich auszahlt. Damit müsste in der Schulsozialarbeit doch eher weniger denn mehr zu tun sein. Aber das Gegenteil ist der Fall. Der Antrag verlangt, dass die Stellenprozente von 140 auf 260 erhöht werden. Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen. Fast eine Verdoppelung der Pensen. Dies ohne Wirkungsanalyse, kein Reporting, keine Qualitätskontrolle, rein gar nichts. Einfach: Man braucht mehr, mehr Fälle gleich mehr Stellenprozente. Die Entwicklung in der Vorlage will dem Gemeinderat weismachen, dass die Fallzahlen dies verlangen. Hatte man 2004/2005 noch 60 Stellenprozente bei 74 Fällen, waren es 2018/2019 275 Fälle bei 140 Stellenprozenten. Diese Fallzahlen sind etwa gleich aussagekräftig wie Anzahl Eintritte und Austritte in einem Spital.

Die Frage, warum eigentlich keine Mitarbeitende der Schulsozialarbeit ein Pensum von 100 % hat, wurde damit erklärt, dass sie die Überstunden in den Schulferien abbauen müssen, da sie in den Schulferien nicht mit Schülerinnen und Schülern arbeiten können. Warum denn bitte nicht? Es kann ihr doch niemand plausibel erklären, dass die Nachfrage nach Schulsozialarbeit nur während der Schulzeit besteht, vor allem nicht, wenn man hört, dass zuweilen über 30 Sitzungen pro Fall nötig waren. Sie teilt somit die Einschätzung der Finanzverwaltung, dass das Angebot die Nachfrage beeinflusst. Ohne Wirkungsanalyse und Qualitätskontrolle auf dem Tisch zu haben, wird sie dem nicht zustimmen. Sollte das einmal der Fall sein und weiss man, was Sache ist, wird man das nochmals anschauen. Aber einfach so die Katze im Sack kaufen, das wird sie nicht machen. Die glp wird die Vorlage ablehnen.

- 2.4 Gemeinderat Konrad Schleiss spricht hier als Vater von zwei Kindern, welche die letzten 10 Jahre durch die Grenchner Grundschule gegangen sind. Er hat einige Freunde, die von Grenchen weggezogen sind, weil sie fanden, dass die Grenchner Schule nicht die Qualität hat, die man jungen Leuten angedeihen lassen sollte. Er hat selbst im Verlauf der Schulkarriere seiner Kinder gesehen, wie es teilweise in den Klassen zu und her geht. Wenn er dann hört, dass es zwischendurch einen Annahmestopp geben muss, weil man zu wenige Ressourcen hat, dann fragt er sich, ob man am richtigen Ort spart. Denn am Schluss muss man schauen, dass die Kinder eine Chance haben. An den Erwachenden kann man nicht so viel ändern, aber die Kinder kann man noch unterstützen, damit es für sie gut herauskommt. Er denkt, dass man gut daran tut, den Kindern zu helfen, die Schule gut zu durchlaufen. An diesem Punkte sollte man nicht sparen. Er hat sich auch gefragt, ob die Schulen Grenchen ein Sanierungsfall sind, wenn man in der jetzigen Schulsozialarbeit einen Annahmestopp machen muss und die notwendige Arbeit nicht mehr geleistet werden kann. Es kann ja nicht das Ziel sein, dass man in solchen Tönen von den Schulen sprechen muss. Die FDP-Fraktion sieht ebenfalls die Problematik mit den Kleinstpensen und würde sich wünschen, dass es in Zukunft im Schnitt mindestens 50%-Pensen wären, um eine gewisse Kontinuität und Regelmässigkeit zu gewährleisten. Es spricht auch nichts dagegen, das Reporting zu verbessern. Nur darf man sich dann nicht gleichzeitig wieder darüber ärgern, dass nachher die Administration höher wird. Administration und Reporting sind zwei Glieder in einer Kette. Er weiss nicht, wie man über das eine fluchen und das andere gleichzeitig fordern kann. Für ihn scheint es im Moment eine Notwendigkeit, dass man es richtig macht und es gut in Ordnung bringt, in der Hoffnung, dass man nachher in Ruhe zurücklehnen und sagen kann, dass man gut unterwegs ist. Die FDP steht zur Vorlage und unterstützt die Anträge.
- 2.5 Wie Gemeinderat Matthias Meier-Moreno ausführt, hat der Gemeinderat im Jahr 2007 weise entschieden und die Schulsozialarbeit nach einer Pilotphase definitiv eingeführt. Seither hat sich die Schulsozialarbeit trotz Kleinstpensen von 30 bis 45 % in allen Schulkreisen gut etabliert und die Schule bei sozialen Problemen stets entlastet. Damit sie das auch weiterhin effizient tun kann, muss die Schulsozialarbeit mit genügend Ressourcen sprich Stellenprozenten ausgestattet werden. Bereits das Schulreporting hat klar aufgezeigt, dass die Fallzahlen nochmals stark angestiegen sind und die Belastungsgrenze der Mitarbeiterinnen mehr als erreicht wurden. Als Massnahme musste sogar ein vorübergehender Fallstopp für die Fallaufnahme ausgesprochen werden, was sich so nicht wiederholen darf. Die Schulsozialarbeit ist ein niederschwelliges Beratungsangebot, welches nur über den Faktor Vertrauen und Beziehung funktioniert und dieses kann mit Kleinstpensen, wie sie heute vorherrschen, nicht wirklich effizient durchgeführt werden. Aus dieser Sicht macht es absolut Sinn, wenn von den bestehenden 140 auf 260 Stellenprozent aufgestockt wird, was im Schnitt pro Schulkreis ein 65 Prozentpensum ergibt. Mit diesem muss es zwingend möglich sein, dass neben der aufwändigen Einzelfallhilfe auch wieder vermehrt Projekte und Workshops sowie Prävention mit Klassen angeboten werden. Diese wichtige Arbeit litt zusehends unter der sehr starken Belastung der Einzelfallhilfe, welche aus Sicht der CVP-Fraktion in Zukunft wieder vermehrt mit der Triagefunktion begegnet werden soll. Nicht bei jedem komplexen Fall braucht die Schulsozialarbeit den Lead zu übernehmen. Sie muss lernen, Verantwortung bewusst abzugeben, so wie es das Modell der Triage vorsieht.

Um ein schlagkräftiges Schulsozialarbeit-Team zu haben, bedingt dies, dass eine Person die Teamleitung innehat, welche innerhalb der Schulsozialarbeit koordiniert und das Bindeglied zum Gesamtschulleiter ist. Die CVP-Fraktion ist für Eintreten und stimmt der Vorlage mit gutem Gewissen zu!

- 2.6 Gemeinderat Reto Gasser schliesst sich seinen zwei Vorrednern an. Es ist ein wenig Angstmacherei, wenn es immer heisst, dass man durch die Aufstockung der Stellenprozente in der Schulsozialarbeit Bedarf schaffe. Das kann man genauso wenig messen, wie man die Schulsozialarbeit als solches messen kann. Man weiss, dass es gar nicht messbar ist. Aber jeder einzelne Fall, der verhindert werden kann, ist ein Fall, wo es sich gelohnt hat. Er vertritt beruflich manchmal Jugendliche in Jugendstrafverfahren. Wenn man so jemanden hat, der auf der schiefen Bahn ist, dann kostet das sehr viel Geld, und zwar nicht nur die Gemeinde, sondern auch den Kanton, den Bund und alle entsprechend involvierten Institutionen. Und dann ist Hopfen und Malz verloren. Deshalb ist es wahrscheinlich besser, dort anzusetzen, wo man noch ansetzen kann. Wenn die betreffenden Jugendlichen einmal 17 oder 18 Jahre alt sind und eigentlich nur noch Pflasterlipolitik betrieben werden kann, damit sie eingeschränkt werden können, wobei dies auch definitiv nicht mehr gelingt und nur noch teuer ist, dann ist es zu spät. Wenn man qualitativ gute Schulen haben will, muss man dem Folge leisten. Die FDP-Fraktion will keine halbherzigen Sachen. Deshalb ist sie dafür.
- 2.7 Gemeinderat Ivo von Büren bezieht sich auf Daniel Hafner, der vorher angesprochen hat, dass die SVP-Fraktion nicht zu den Kindern schaue. Sein Betrieb bildet seit 25 Jahren Lehrlinge aus. Im Moment werden zwei miteinander ausgebildet. Er stellt fest, dass die Lehrlinge immer weniger belastbar und relativ nicht sehr brauchbar sind. Er führt das darauf zurück, dass sie in den Schulen und überall verhätschelt wurden. Das ist seine Empfindung. Im Kreis sitzen, einander die Hand geben, sich spüren und eine Kerze anzünden, das bringt halt weiss Gott nichts. Das Leben bringt Probleme und spätestens fängt dies in der Berufswelt an.

Eintreten wird mit 11 : 4 Stimmen beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Gemeinderat Peter Brotschi hat eine Frage zum Antrag Ziff. 4.1: Er kann einer Erhöhung auf 260 Stellenprozente ebenfalls zustimmen. Aber bleibt das immer so oder hat man eine Sicherung eingebaut? Ist es der Schulleiter, der schaut, ob das abnimmt oder nicht? Würden die Fallzahlen wieder runter gehen, wäre dies natürlich super und würde die These widerlegen, dass die Nachfrage das Angebot schafft. Man kann auch einmal vom Positiven ausgehen und annehmen, dass sich die Zusammensetzung wieder bessert. Deshalb möchte er irgendein Sicherungselement drin haben. Wer sagt irgendeinmal dem Gemeinderat, dass man hier z.B. wieder um 40 Stellenprozente runter kann? Er möchte eine gewisse Flexibilität im System haben.
- 3.1.1 Laut Stadtpräsident François Scheidegger bewilligt der Gemeinderat mit dieser Vorlage insgesamt 260 Stellenprozente. Das ist gleich wie bei den Krediten, das ist ein Dach. Man darf auch weniger besetzen. Grundsätzlich wird das in der Verwaltung so gehandhabt, dass man Pensen reduziert, sobald man sieht, dass es das nicht braucht. Das hat man beispielsweise in der Finanzverwaltung getan. Der Stellenetat des Stadthauses betrug vorher 39 Stellen. Momentan sind etwa 28 Stellen (nicht Vollzeitstellen) besetzt.

- 3.1.2 Ivo von Büren hält fest, dass er das in den Schulen noch nie erlebt hat. Dort wurde immer nur aufgestockt.
- 3.1.3 Hubert Bläsi widerspricht der Aussage. Der Partnerunterricht in der Unterstufe wurde z.B. abgeschafft. Das war ein markanter Betrag. Man könnte das mit dem Reporting steuern. Wenn man dort feststellt, dass ganz andere Zahlen oder andere Inhalte kommen oder zu wenig argumentiert ist, dann könnte man ganz sicher seitens Politik intervenieren. Er würde es so empfehlen. Wenn es die Schulen von sich aus sehen, kommen sie sicher auch. Man hat jetzt relativ viel von der Schule gesprochen. Die Schulsozialarbeit ist nicht nur ein Werkzeug der Schule, sondern es wirkt auch massiv in die Familien hinein. Er hat hier ein paar Stichworte, die man ihm aus den Fällen gezeigt hat: Zusammenbrüche, Heulkrämpfe, Panikattacken, Suizidversuche, Ritzen, Essstörungen, Weglaufen von der Schule, massiver Leistungsabbau, Isolation, Rückzug, Medikamentenmissbrauch etc. Das sind alles Sachen, die nicht unbedingt im Unterricht stattfinden. Man hat es vorhin bereits gehört, dass man hier einen Problemfall im gesellschaftlichen Bereich hat. Noch eine Bemerkung zum Schluss: Kann nur ein Fall von Fremdplatzierung verhindert werden, dann hat man schon ganz viel Geld für die Schulsozialarbeit gespart.
- 3.2 Ziff. 4.1 wird mit 10 : 5 Stimmen gutgeheissen.
Ziff. 4.2 wird mit 10 : 5 Stimmen gutgeheissen.

Es ergeht folgender

- 4 Beschluss
- 4.1 Die Pensen der Schulsozialarbeit der Schulen Grenchen werden ab Januar 2020 von aktuell 140 Stellenprozente um 120 auf insgesamt neu 260 Stellenprozente erhöht.
- 4.2 Für die ab Januar 2020 zusätzlich anfallenden Lohnkosten von CHF 133'900.00 (inklusive Sozialleistungen) wird per Nachtragskredit das Budget 2020 um den entsprechenden Betrag erhöht (Konto Nr. 2194.3010.00 - Schulsozialarbeit, Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals).

Vollzug: SV

SV
PA
FV

2.9.7 / acs

Stadtschreiberin: Schaffung einer KV-Stelle (50 %)

Vorlage: KZL/09.01.2020

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Stadtschreiberin Luzia Meister fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Laut Gemeinderat Peter Brotschi hat der Gemeinderat bei den zwei vorherigen Traktanden Stellenprozente aufgestockt und wiederkehrenden Ausgaben genehmigt. Der CVP-Fraktion ist die veränderten Gesellschaft bewusst. Deshalb hat sie hier auch zugestimmt - in seinem Fall auch etwas contre coeur, einfach aus Vernunftsgründen. Die CVP anerkennt die vielseitigen Aufgaben der Stadtschreiberin im Rahmen der Rechtsgeschäfte, was sie aber als problematisch betrachtet, ist, dass der Beratungsaufwand für Vorlagen grösser geworden ist. Die Chefbeamtenstellen sind finanziell sehr gut dotiert. Das weiss man. Dann kann verlangt werden, dass die Vorlagen in Ordnung bei der Stadtkanzlei eingereicht werden. Er war selbst 8 Jahre bei der Stadtkanzlei als Stadtschreiber-Stv. tätig. Er kann sich nicht daran erinnern, dass man eine Vorlage gross bearbeiten musste. Man konnte sie in aller Regel tel quel der Behörde weiterreichen. Man hat beim Ausarbeiten einer Vorlage genügend Beispiele in der Schublade, wo man sieht, wie das in etwa geht, wenn man neu ist. Und so neu sind die Chefbeamten, die hier aufgezählt werden, nun auch nicht mehr im Amt. Das wäre eine Entlastung für die Stadtschreiberin. Die CVP hat nicht das Gefühl, dass es ihre Aufgabe ist, hier gross Beraterin zu spielen, sondern das kann von Chefbeamten verlangt werden. Die finanzielle Situation der Stadt ist angespannt, insbesondere sind die Auswirkungen der Steuerreform nicht im Detail einschätzbar. Deshalb hat die CVP hier schon etwas Mühe mit der wiederkehrenden Ausgabe. Gut ist, dass die 50 Stellenprozente nicht total ad personam sind, sondern auch dem Sekretariatspool der Stadtkanzlei zur Verfügung stehen. Die CVP will nicht ganz dagegen sein, sondern einfach ein Zeichen setzen, indem sie sich der Stimme enthält.
- 2.2 Wie Gemeinderat Daniel Hafner ausführt, heisst gutes Management Entscheidungen fällen. Die Entscheidungen sind damals gefallen, nachdem die Überprüfungen (im Falle des Stadthauses „EffiDeville“) durchgeführt wurden. Gutes Management bedeutet auch, dass man auf gewisse Entscheide zurückkommt und diese korrigiert. Durch den Weggang der Rechtskonsultantin ging viel Fachkompetenz verloren. Das wurde kompensiert von der Stadtschreiberin als Juristin, was Sinn macht, aber oftmals zu Lasten von Sachbearbeitung und von Administrativaufgaben ausgefiel, worunter die-

se beiden Aufgabenbereiche leiden. Aus Sicht der SP-Fraktion ist es sinnvoll, wenn man das korrigiert. Es wird auch nicht eine „teure“ Investition sein, da man nur eine KV-Stelle (50 %) schafft, deren Kompetenzen sinnvoll eingesetzt werden. Der Bedarf wird übrigens vom Fachkader der Stadtverwaltung unterstützt. Nach Meinung der SP profitieren die Stadt und die Bevölkerung von einer gut funktionierenden Stadtverwaltung. So wie es jetzt den Anschein macht und gut begründet ist, ist diese Funktionalität gefährdet. Aus diesen Gründen wird die SP den Antrag zur Schaffung einer KV-Stelle (50 %) unterstützen.

- 2.3 Wie Gemeinderat Robert Gerber ausführt, will das Schaffen von neuen zusätzlichen Stellen bei der Verwaltung gut überlegt resp. muss ohne Tabus hinterfragt sein. Das hat die FDP-Fraktion auch bei dieser Vorlage gemacht. Schon anlässlich der Budgetberatungen und nun auch im Vorfeld zur heutigen Sitzung. Das im Hôtel-de-Ville in Grenchen sehr, sehr viel läuft, zeigt nicht nur ein Blick in die GR-Protokolle der letzten Monate, sondern auch, wenn man das politische Geschäft und das Geschehen in der Stadt näher betrachtet. Im Rahmen einer solchen Stellenschaffung ist auch immer zu überlegen, ob diese Arbeiten zwingend von der öffentlichen Hand selber erledigt werden müssen oder ob nicht eine Vergabe an aussenstehende Büros in Frage kommt und diese die zu erledigenden Arbeiten unter Umständen besser, rascher und effizienter erledigen können. Der Mehraufwand, welcher in der Verwaltung zu leisten und zu erledigen ist, ist in den meisten Fällen eben nicht hausgemacht. Er kommt von aussen; sei es aus „Bern“ oder eben aus „Solothurn“ und ist kaum zu beeinflussen. Die FDP-Fraktion ist für Eintreten auf diese Vorlage und wird der beantragten Stellenschaffung, welche schon im Budget 2020 bereits enthalten ist, zustimmen.
- 2.4 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger geht es darum, Arbeiten vermehrt in-house zu machen, anstatt sie extern zu vergeben. Deshalb konnte auch der Kredit für den Rechtsaufwand gestutzt werden.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht mit 13 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, folgender

4 Beschluss

- 4.1 Auf den 1. Januar 2020 wird eine 50%-KV-Stelle für die Stadtschreiberin geschaffen.

Vollzug: Stadtschreiberin, PA

Stadtschreiberin
PA

0.2.2 / acs

Wahlbüro 2: Demission von Steve Corti als Ersatz-Mitglied, Ersatzwahlvorschlag der CVP: Esther Siegfried-Stierli

Vorlage: KZL/20.12.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Anne-Catherine Schneeberger, Kanzleichefin, verweist auf die Vorlage.

2 Eintreten

2.1 Die SVP-Fraktion, so Gemeinderat Marc Willemin, hat einiger Zeit im Gemeinderat angemerkt, dass sie über die zu wählende Personen etwas mehr wissen möchte als nur gerade den Namen. Für die heutige Vorlage hat es noch nicht gereicht. Es wäre schön, wenn es das nächste Mal klappen würde. Die SVP stimmt der Wahl zu.

2.2 Peter Brotschi gibt namens der CVP-Fraktion Auskunft über die Nominierte, die sogar eine entfernte Verwandte von ihm ist.

2.3 François Scheidegger hält zuhanden des Protokolls fest, dass in Zukunft die Fraktionschefs die Nominierten kurz vorstellen.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Die Demission von Steve Corti als Ersatzmitglied des Wahlbüros 2 wird unter Verdankung der geleisteten Dienste genehmigt.

4.2 Esther Siegfried-Stierli, Sonnenrainstrasse 6, 2540 Grenchen, wird für den Rest der Amtsperiode 2017 - 2021 als Ersatzmitglied des Wahlbüros 2 gewählt.

Zu eröffnen an: - Esther Siegfried-Stierli, Sonnenrainstrasse 6, 2540 Grenchen
- Adrian Gerber, Zentralwahlbüropräsident, Schmelzistrasse 33,
2540 Grenchen
- Matthias Meier-Moreno, Fraktionschef CVP, Zelgweg 3A,
2540 Grenchen

Vollzug: KZL (Eröffnungen), (Vereidigung)

Stadtpräsidium
KZL (Behördenverzeichnis)

0.1.8 / acs

Orientierung aus der Baudirektion zu laufenden Projekten

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtbaumeister Aquil Brigger informiert den Gemeinderat anhand von Schaubildern über den Projektstand folgender Geschäfte:

1.1.1 Bahnhof Süd

Baudirektion / Orientierung

Gemeinderat, 21. Januar 2020



Orientierung aus der Baudirektion zu laufenden Projekten



Baudirektion | Dänwässer 14 | 2540 Grenchen | baudirektion@grenchen.ch | Seite 1

- Vorprojekt abgeschlossen
- Vorprojekt mit procap bereinigt
- Momentan Ausarbeitung Bauprojekt und Kosten
- Momentan Abklärungen mit SBB und Migros (Veloständer, Glassammelstelle)
- An der Variante „Gemeinderat“ wurde festgehalten

1.1.2 Gibelstrasse 1 / Büroraumplanung Verwaltung

- Idee: Konzentration Verwaltung auf stadteigene Liegenschaften Stadthaus, Gibelstrasse 1 und Absyte 7.
- Layoutplan in Arbeit
- Nur Stadthaus und Gibelstrasse 1 zu klein
- Parallel laufen Verhandlungen zum Kauf des BWO Gebäudes

1.1.3 Schulraumplanung Kastels

- Präqualifikation beendet
- Auswahl von 7 Architekturbüros
- Ausarbeitung Beitrag Projektwettbewerb
- Jurierung Wettbewerbsbeiträge in KW11 2020

1.1.4 Schulhaus I

- Auswahl Architekt im Einladungsverfahren
- Kriterien: Erfahrung mit Sanierung von denkmalgeschützter Substanz und Preis
- Auftragsschreiben verschickt in KW4
- Abwarten Einsprachefrist (10 Tage)

1.1.5 Kunstrasen

- Auswahl Spezialplaner im Einladungsverfahren erfolgt
- Auftragserteilung in KW4
- Kunstrasen muss öffentlich ausgeschrieben werden
- Ziel Bauvollendung 2020

1.1.6 Dählenstrasse

- Rückstand auf Bauprogramm von ca. 5 Wochen aufgrund Mehrleistungen Hochwasserentlastung & Kreuzung Däderizstrasse
- Radstreifen bergwärts wird realisiert (Velokonzept)
- Fertigstellung: Ende Sommer 2020
- Einbau Deckbelag: 2021 (nach Abklingen allfälliger Setzungen)

1.1.7 Centralstrasse

- Auftragserteilung Bauingenieur in KW4
- Projekt beinhaltet Strassen- und Trottoirsanierung, Glassammelstelle an der Kreuzung Quartier- / Centralstrasse, lokale Kanalisationsoptimierung
- Baubeginn: Sommer 2020
- Fertigstellung: Ende 2021 (Einbau Deckbelag evtl. 2022)

1.2 Gemeinderätin Nicole Hirt hat eine Frage zu Ziff. 1.1.6 Dählenstrasse: Sollte der Windpark einmal kommen, werden dort nicht wenige Lastwagen hinauf- und hinunterfahren. Ist man dann in fünf Jahren gleich weit wie heute?

1.2.1 Aquil Briggen denkt nicht, dass das der Fall sein wird. Die Dählenstrasse wird auch durch das Firsi stark belastet. Sie ist nach Norm für Schwerlastverkehr ausgelegt.

1.3 Vize-Stadtpräsident Remo Bill erkundigt sich, ob die Baudirektion ein Layout für das BWO ausarbeitet.

1.3.1 Aquil Briggen verneint dies. Kauft die Stadt wirklich das BWO, hat sie es mit einer riesigen Fläche zu tun. Dort hat es sicher genügend Platz, um grosszügig zu planen. Beim BWO ist nicht das Layout das Problem. Am Schluss wird es ein Kostenvergleich sein.

1.3.2 Damit der Gemeinderat, so Remo Bill, entscheiden kann, müsste er über eine Layoutplanung verfügen. Dann sieht er, wie viel Platz vorhanden ist, welche Abteilungen wie viel Raum benötigen und wie viel Fläche am Ende noch übrig ist.

1.3.3 Ziel ist es, so Stadtpräsident François Scheidegger, dem Gemeinderat einen Variantenentscheid vorzulegen. Er würde eine Layoutplanung ebenfalls empfehlen.

- 1.4 Remo Bill weiss, dass die Baudirektion ressourcenmässig etwas am Anschlag ist. Sind die Unterhaltskonzepte Hochbau (Zustand Hochbauten) und Tiefbau (Zustand Strassen) schon in Arbeit?
- 1.4.1 Aquil Briggen erwidert, dass beides noch nicht in Arbeit ist. Im Hochbau ist man dabei, den vom Gemeinderat bewilligten Mitarbeiter (80%-Pensum) anzustellen. Sobald dieser eingearbeitet ist, nimmt man sich des Unterhaltskonzepts Hochbau an.
- 1.5 Gemeinderat Peter Brotschi möchte wissen, ob beim Projekt Bahnhof Süd immer noch vorgesehen ist, an die Gemeindeversammlung im Dezember 2020 zu gehen.
- 1.5.1 Aquil Briggen bestätigt, dass man auf Kurs ist.
- 1.5.2 Ist dann, so Peter Brotschi, der Beginn der Bauarbeiten im 2021?
- 1.5.3 Laut Aquil Briggen ist das auch noch abhängig von Agglomerationsprogramm. Dort wird man versuchen, frühzeitig ein Gesuch zu stellen, damit man vorzeitig anfangen kann. Es ist auf jeden Fall das Ziel, im 2021 anzufangen.
- 1.5.4 François Scheidegger glaubt nicht, dass man hier noch einmal drei Jahre warten kann. Man wird das dann diskutieren, wenn es so weit ist. Es wurde ganz klar gesagt, dass man beide Schienen fährt.

BD

7.9.1 / acs

Gestaltungsplan "Südhang" / Teilzonen- und Erschliessungsplan "Südhang" / Behandlung der Einsprachen

Vorlage: BAPLUKB 69/09.12.2019

Gemeinderätin Nicole Hirt, glp, begibt sich als Präsidentin Pro Natura Solothurn, die Einsprecherin ist, in den Ausstand. An ihrer Stelle amtiert Patrick Zberg, Ersatz-Gemeinderat glp.

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtbaumeister Aquil Briggen fasst die Vorlage anhand einer Präsentation zusammen.

2 Eintreten

2.1 Die SVP-Fraktion, so Gemeinderat Marc Willemin, findet das Bauvorhaben „Südhang“ gelungen. Es wurde viel Aufwand in die Planung gesteckt und es wurden alle Bewilligungen eingeholt. Dass bei Bauprojekten nicht alle Freude haben, ist leider so. Gerade wenn zum Beispiel die Aussicht eingeschränkt wird, ist es tatsächlich eine Umstellung. Aus Sicht der SVP muss auch Stadtplaner Fabian Ochsenbein nicht in den Ausstand treten. Die SVP unterstützt die Erwägungen der Baudirektion und der BAPLUK und wird der Vorlage in allen Punkten zustimmen.

2.2 Wie Vize-Stadtpräsident Remo Bill ausführt, befindet sich das Grundstück der Überbauung „Südhang“ in der Wohnzone Bauklasse 2. Das Ziel der qualitativen Verdichtung liegt klar im Interesse der Stadt Grenchen. Die Überbauung entspricht in hohem Masse den raumplanerischen Entwicklungsabsichten nach qualitativer und quantitativer Entwicklung nach innen, wie es das revidierte Raumplanungsgesetz fordert und das Leitbild 2040 von Grenchen und der Kompass zum Wohnen postulieren. Der kantonale Richtplan definiert die Ziele zur Siedlungsqualität: Siedlungen sollen wohnlich, vielfältig und naturnah gestaltet sein. Das Vorgehen und das Resultat sind ein gutes Beispiel, wie die Ziele des Richtplans und des Leitbildes 2040 der Stadt umgesetzt werden können. Bei der Aussenraumgestaltung wird auf ein harmonisches Zusammenspiel zwischen der Juraschutzzone, dem Wald, den Neubauten und dem Freiraum geachtet. Die natürliche Topographie und der Wald prägen den Freiraum. Dank dem sensiblen Umgang mit dem Terrain gliedert sich die Überbauung nahtlos in das Gelände ein. Die den Findlingen angelehnte Architektursprache führt zu einem hohen Wiedererkennungswert. Darüber hinaus kann darauf hingewiesen werden, dass die vorliegende Überbauung den kleinstmöglichen Eingriff in die Landschaft darstellt.

Die SP-Fraktion unterstützt die Erwägungen der Baudirektion und der BAPLUK. Sämtliche Einsprachen gegen die qualitative, architektonisch ausgewogene Überbauung sind abzuweisen.

- 2.3 Laut Gemeinderat Konrad Schleiss haben seine Vorredner das Wesentliche schon zusammengefasst. Das Geschäft wurde mehrmals in der BAPLUK behandelt und dort war man unter anderem einstimmig der Meinung, dass der Stadtplaner nicht in den Ausstand treten muss. Dieser arbeitet für die Stadt, ist nicht an Abstimmungen beteiligt. Man fand einstimmig, dass hier sehr gute Vorarbeit geleistet wurde. Es ist halt leider so, dass nachher nicht mehr Grün, sondern eine strukturierte Überbauung vorhanden ist. Die Pläne zeigen, dass es sich wirklich um eine hochwertige, villenartige Bebauung handelt. Es ist im Interesse der Stadt, den letzten Villenstandort am Wald hochwertig überbauen zu können. Die FDP unterstützt das Vorgehen und die Anträge der BAPLUK.
- 2.4 Wie Gemeinderat Peter Brotschi ausführt, anerkennt die CVP-Fraktion die Qualität des Projekts. Man hat sich wirklich sehr Mühe gegeben, hier etwas Optimales herauszuholen. Für ihn persönlich ist nach wie vor der Waldabstand das Pièce de Résistance. Letztlich hat hier der Kanton der Voranfrage den Segen gegeben. Die Stadt ist hier aus dem Schneider. Wo sie nicht aus dem Schneider ist - das hat er bereits im Gemeinderat vom 4. Juni 2019 erklärt - ist, dass man den Gemeinderat vorher hätte fragen können, bevor ein Projekt ausgearbeitet wird. Der Stadtbaumeister hat damals erwidert, dass man sich das vorstellen könne. Peter Brotschi geht davon aus, dass die Gemeinderäte genügend Vorstellungsvermögen haben, um die Frage beantworten zu können, ob sie 20 Meter oder 10 Meter wollen. Es sollte explizit kein Projekt da sein, damit man nicht in Zugzwang kommt und frei entscheiden kann. Jetzt, wo so viel investiert wurde, hat er sich unter einem gewissen Zugzwang gesehen. Er bittet einfach - er kann das nicht befehlen - falls es nochmals so einen Fall gibt, vorher in den Gemeinderat zu kommen.
- 2.4.1 Stadtpräsident François Scheidegger nimmt das Anliegen von Peter Brotschi so entgegen.
- 2.5 Gemäss Patrick Zberg, Ersatz-Gemeinderat, ist auch bei der glp der Waldabstand natürlich ein Thema, weil man sich wünschen würde, dass man sich dort an die 20 Meter halten würde. Jetzt wurden die Abklärungen mit dem Kanton gemacht. Wenn dieser zustimmt, wird man das so akzeptieren müssen. Aber man hätte sich sicher eine andere Planung gewünscht. Ihm kam auch noch zu Ohren, dass keine Begehung mit den Bewohnern durchgeführt wurde, was aus Sicht der glp schade ist. Hier hätte man vielleicht einige der Widerstände ausräumen können.
- 2.5.1 Remo Bill entgegnet seinem Vorredner, dass es nicht Usus ist, Begehungen abzuhalten. Als er seinerzeit sein Haus kaufte, war noch Usus, dass die ganze Baukommission vorbeikam und sich orientieren liess.
- 2.5.2 Sind verhärtete Fronten vorhanden, so Aquil Briggen - was hier der Fall ist - und haben Einsprecher sowie Bauherrschaft bereits Anwälte eingeschaltet, machen Einspracheverhandlungen keinen Sinn mehr. Deshalb wurde hier darauf verzichtet.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht mit 13 : 1 Stimmen, bei 1 Enthaltung, folgender

4 Beschluss

- 4.1 Die Einsprache von Pro Natura Solothurn wird abgewiesen.
- 4.2 Die Einsprache der Bewohner Altweg 11, 2540 Grenchen (Vuilleumier René, Gaukel Fritz, Rickli Daniel, Lê Hoang); v.d. Studer Rechtsanwälte und Notariat, Frau lic. iur. Gabriela Mathys, Rechtsanwältin und Notarin, wird abgewiesen.
- 4.3 Die Baudirektion wird beauftragt, den Gestaltungsplan Südhang mit Sonderbauvorschriften und den Teilzonenplan Südhang zur Genehmigung an den Regierungsrat weiterzuleiten.
- 4.4 Die Stadtkanzlei wird beauftragt, den Entscheid des Gemeinderats den Einsprechern mit Rechtsmittelbelehrung zu eröffnen.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen den Entscheid des Gemeinderats kann innert 10 Tagen beim Regierungsrat des Kantons Solothurn, Rathaus, 4509 Solothurn, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde hat einen Antrag und eine Begründung zu enthalten.

Vollzug: BD, KZL (Ziff. 4.4)

BD (SBM, PL)

7.9.1 / acs

Motion Matthias Meier-Moreno (CVP): Markthalle: Einreichung

1 Mit Datum vom 21. Januar 2020 reicht Matthias Meier-Moreno (CVP) folgende Motion ein:

1.1 Motionstext:

Das Stadtpräsidium wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Baudirektion und dem GVG auf dem Gebiet des Marktplatzes eine Markthalle zu planen.

Erläuterung:

Der Gemeinderat hat seinen Kompass neu ausgerichtet und dabei Leben und Wohnen ins Zentrum gestellt. Um diesen Umstand gerecht zu werden, wurde bisher mit kleineren Elementen wie den farbigen Stühlen, dem offenem Bücherschrank, einem Sandkasten und versetzbaren Bäumen die Innenstadt leicht aufgewertet. Damit die Attraktivierung weiter vorangetrieben wird, braucht es nun zusätzliche Verbesserungen, welche die Belebung des Marktplatzes weiter fördern sollen.

Gerne greife ich eine alte Idee wieder auf, welche aus der Feder des ehemaligen GVG-Präsidenten Ruedi Spielmann stammt. Dieser hat sich lange und ausführlich mit einer Markthalle auseinandergesetzt. Ich persönlich verfolge dieses Thema seit ich im Jahr 2010 in Madrid war. Dort entdeckte ich den „Mercado de San Miguel“, welcher ein echtes Prunkstück und Treffpunkt ist. In einer alten Markthalle aus dem Jahr 1911, welche modernisiert und architektonisch aufgewertet wurde, werden verschiedene regionale Frischprodukte zum Verkauf angeboten. Neben den Marktständen gibt es auch diverse Bars und Tapasstände, an welchen die Produkte degustiert und gekostet werden können. Schon damals dachte ich, dass es eine solche Markthalle auch bei uns in Grenchen geben sollte, welche polyvalent nutzbar wäre. In der Schweiz gibt es in Basel bereits seit mehreren Jahren eine gut funktionierende Markthalle, welche vielfältig genutzt wird. Übrigens ist das Thema einer Markthalle auch bei der Bevölkerung immer noch aktuell, welche sich beim Wettbewerb „Mi Märretplatz“ vom Grenchner Tagblatt (2015) mit einer Markthallenidee zeigte. Auch anlässlich der Wohntage im vergangenen November tauchte im Zusammenhang mit der Aufwertung der Innenstadt diese Idee wieder auf.

Von daher ist es absolut notwendig, die etwas in Vergessenheit geratene Idee wieder aufzunehmen. Denn häufig gehören Markthallen zum prägenden Stadtbild eines bedeutenden Marktortes, welche ein Treffpunkt mit Charme sind, wo regionale Gemüse und Früchte eingekauft, etwas Kleines gegessen und getrunken sowie ein kleiner Schwatz abgehalten werden kann. Ein solches Projekt würde dem Standort Grenchen, dem Gewerbe und den Bauern gut tun, das Zentrum wieder beleben und wäre zugleich ein echtes Leuchtturmprojekt, wie es der Kompass vorsieht.

Die Markthalle sollte nicht nur am Freitag mit dem Wochenmarkt belebt sein, sondern die ganze Woche offen und zugänglich sein. Dies wäre ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung Leben und Wohnen.

- 2 Über die Erheblichkeit der Motion wird an der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung abgestimmt.

BD (SBM, PL)
GVG, Kirchstrasse 43, 2540 Grenchen
SF

0.9.1 / acs

Motion Remo Bill (SP): Energiestadt Gold bis 2024: Einreichung

1 Mit Datum vom 21. Januar 2020 reicht Remo Bill (SP) folgende Motion ein:

1.1 Motionstext:

Antrag:

Die Verwaltung der Stadt Grenchen wird beauftragt, auf der Basis des Reaudits 2020 für das Label Energiestadt dem Gemeinderat einen Massnahmenkatalog vorzulegen, der dazu geeignet ist, das Label „Energiestadt Gold“ beim darauffolgenden Reaudit zu erreichen.

Begründung:

Grenchen ist eine der aktuell 444 Energiestädte mit ca. 19'000 Einwohner/-innen. Davon sind 54 Städte mit dem European Energy Award GOLD ausgezeichnet, welche bei der Zertifizierung mehr als 75 Prozent der möglichen Punkte erreicht haben.

An der Klimakonferenz in Paris Ende 2015 wurde für die Zeit nach 2020 ein neues Übereinkommen verabschiedet, welches erstmals alle Staaten zur Reduktion der Treibhausgasemissionen verpflichtet. Die Schweiz hat das Übereinkommen von Paris am 6. Oktober 2017 ratifiziert.

Die Energiestrategie 2050 des Bundes ist ein Massnahmenpaket, welches am 21. Mai 2017 in einer schweizweiten Volksabstimmung angenommen worden ist. Vor dem Hintergrund des geplanten Atomausstieges soll es der langfristigen Versorgung des Landes mit elektrischer Energie dienen, es umfasst unter anderem Massnahmen zur Energieeffizienzerhöhung, zur Senkung von CO₂-Emissionen und zur Förderung erneuerbarer Energien.

Die Stadt Grenchen ist seit der Erstzertifizierung im 2004 (zusammen mit den drei weiteren Solothurner Gemeinden Solothurn, Olten und Zuchwil) im Energiestadtprozess und ist nun auch gefordert, ihren Beitrag zur Erfüllung der vom Bund lancierten Energiestrategie 2050 beizutragen.

Die Resultate vom Erst-Audit 2004 sowie der darauffolgenden Re-Audits:

2004: 58,7 %

2008: 58,2 %

2012: 54,5 %

2016: 58,0 %

Von Periode zu Periode wurden die Anforderungen dem Stand der Gesetzgebung und der Technik angepasst (Verschärfung Bewertungs-Massstab), womit für Grenchen von 2004 bis 2012 eine Verschlechterung der Bewertung resultierte, von 2012 zu 2016 dann eine Trendwende, welche bei den Jahreskontrollen 2017/2018/2019 bestätigt wurde und weiter nach oben zeigt. Daraus ist ersichtlich, dass ein Übertreffen der 75%-Marke bis im 2024 ambitiös ist.

Die im räumlichen Leitbild und im Projekt "Kompass" vereinbarten Handlungsfelder durch den Gemeinderat, sowie die Eignerstrategie mit der SWG bilden die Grundlagen für das Erreichen von Energiestadt Gold. Wenn alle Abteilungen der Stadt Grenchen dieses Gold-Label als Ziel verfolgen, ist es machbar! Ein wichtiges Ziel für die kommende neue Legislatur 2021-2025.

- 2 Über die Erheblichkeit der Motion wird an der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung abgestimmt.

BD
SF

8.7 / acs

Interpellation Nicole Hirt (glp): Grün- und Freiräume in Grenchen attraktivieren: Einreichung

1 Mit Datum vom 21. Januar 2020 reicht Nicole Hirt (glp) folgende Interpellation ein:

1.1 Interpellationstext:

Der Gemeinderat hat das Projekt KOMPASS mit Fokus auf Leben und Wohnen am 30.10.2018 einstimmig verabschiedet. Die Ortsplanungsrevision ist im Gange und nähert sich der Schlussphase. Die Folge des vom Volk angenommenen Raumplanungsgesetzes vom 03.03.2013 ist, das vermehrt verdichtet gebaut wird, um die wertvolle Ressource Boden zu schonen.

Die Fragen der Interpellation beziehen sich auf die „Analyse Grenchen Entwurfsstudio FS 2013“. Es existiert ein grosses Bedürfnis nach Privatisierung und Abgrenzung, ein grosser Teil der Grünräume ist in privatem Besitz. Um das Wohnen in der Technologiestadt im Grünen noch attraktiver zu gestalten und damit neue, gute Steuerzahlende nach Grenchen zu locken, braucht es mehr als Lippenbekenntnisse.

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, die folgenden Fragen zu beantworten:

- 1. Teilt der Stadtpräsident die Meinung, dass Grün- und Freiräume in den Quartieren für potentielle Zuzügler attraktiv wirken würden?*
- 2. Kann sich die Stadt vorstellen, mit Vorgaben und Regelwerk Einfluss auf die Grünräume auf privaten Grundstücken zu nehmen (z.B. unterschiedliche Vorgaben für verschiedene Bereiche der Stadt)?*
- 3. Grünflächen könnten als Treffpunkt genutzt werden und so die Identität der Quartiere stärken. Was ist diesbezüglich angedacht?*
- 4. Was könnte der Beitrag der Stadtgärtnerei in Bezug auf „Grün- und Freiräume in Grenchen“ sein?*
- 5. Grenchen hat einen wunderschönen Stadtpark, der zu wenig genutzt wird. Eine stärkere Vernetzung durch Entfernung der bestehenden Grenzen und eine Verbesserung der Anbindung an das benachbarte Wohngebiet ist wünschenswert. Wie weiter?*

2 Die schriftliche Beantwortung der Interpellation erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

BD (SBM, Stadtgrün)

SF

6.2 / acs

Mitteilungen und Verschiedenes

- 1 Reglement zum Planungsausgleich (GVB 1126/04.12.2019)**
- 1.1 Mit Verfügung vom 3. Januar 2020 hat das Bau- und Justizdepartement des Kantons Solothurn das Planungsausgleichsreglement der Stadt Grenchen vom 4. Dezember 2019 genehmigt.

Stadt Grenchen

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 1

vom 21. Januar 2020

Beschluss Nr. 2594

VERTRAULICH